

Euro im Koma



Bernhard Hess,
e. Nationalrat,
SD-Geschäftsführer,
Bern

Die Schweizer Euro-Turbos sind erstaunlich ruhig geworden. Offensichtlich ist ihnen das durch Griechenland entfachte europaweite Finanzchaos schwer in die Knochen gefahren. Und Finanzexperten warnen: Dies ist erst der Anfang! Zerfällt gar die Europäische Union?

Bei aller Tragik ist das griechische Finanzchaos ohne Humor nur schwer zu ertragen. An der europäischen Südflanke gibt es ein Land mit nicht wenigen reichen Menschen, die mit ihren Luxusautos in den Hafen fahren und von dort mit der eigenen Jacht auf die Privatinsel zusteuern. In diesem Land ist es auch möglich, sich mit 50 pensionieren zu lassen, dies mit

POSTCODE

AZB 3806 Bönigen

bis zu 60 Prozent des letzten Lohnes, und zwar bis in ferne Zeit das letzte Stündchen schlägt. In diesem Land werden die Arbeitnehmern zum Lohn zusätzliche «Goodies» ausbezahlt:

Ostergeld, Weihnachtsgeld, 14. Monatslohn usw. Am Tag, an dem dieses «paradiesische» Land von den EU-Staaten und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) eine sofortige Finanzspritze von 110 Milliarden Euro zu-

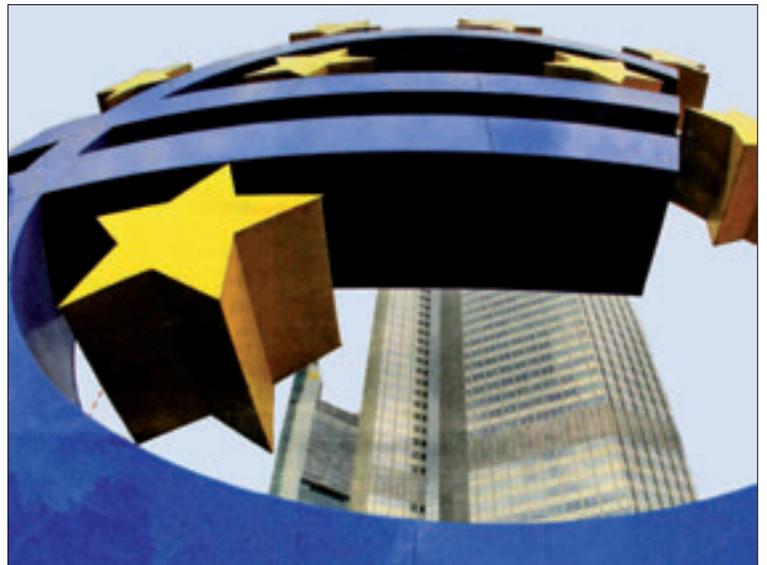
gesagt bekam, trat ein Teil der griechischen Bevölkerung in den Generalstreik. Was viele nicht wissen: Das IWF-Mitglied Schweiz bürgt ebenfalls mit 680 Millionen Franken.

750 Milliarden Euro – Schweiz zahlt mit!

Mit insgesamt 750 Milliarden Euro wollen die EU-Staaten und der Internationale Währungsfonds (IWF) für das Rettungspaket der europäischen Einheitswährung Euro bürgen. Als Mitglied des IWF muss sich die Schweiz ebenfalls am Rettungsschirm für die EU-Einheitswährung beteiligen, denn die Eidgenossenschaft ist am IWF mit 1,6 Prozent beteiligt. Bei einem Anteil von 250 Milliarden Euro am Rettungspaket für den Euro würde dieses 5,6 Milliarden Franken für die Schweiz betragen. An der konzertierten Aktion ist auch die Europäische Zentralbank (EZB) beteiligt, die erstmals seit der Gründung damit begonnen hat, europäische Staatsanleihen aufzukaufen. Der EZB ist es richtigerweise an sich verboten, direkt bei den Staaten Anleihen zu erwerben. Sie kann aber offensichtlich die Staatsschulden auf dem Zweitmarkt erwerben und leiht den Staaten damit auf Umwegen Geld. Dies ist jedoch ein Tabubruch, denn Zentralbanken sind eigentlich nicht dazu da, um die Defizite der Staatshaushalte zu refinanzieren. Ihre Existenzberechtigung besteht vielmehr darin, eine unabhängige Geldpolitik und damit eine stabile Währung zu garantieren.

Halsabschneider

Nicht alle EU-Mitgliedsländer gehören zur Euro-Währungsunion. Grossbritannien, Schweden, Dänemark (letztere beide dank einem Volks-Nein), haben die eigene nationale Währung beibehalten. Für die EU wäre es besser gewesen, wenn Griechenland nicht dem Euro-Pool angehören würde. Heute weiss man, dass Griechenland die Kriterien zur Einheitswährung keinesfalls erfüllt hat. Gefälschte



Krisenzentrale: Das Hochhaus der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main.

Bilanzen ermöglichten damals den Eintritt zum Euro-Club. Nun ist es das schwächste Glied in der Euro-Kette. Jetzt steht Griechenland im Visier der Börsenspekulanten. Dieser Staat ist überschuldet. Auf dem Markt bekam der griechische Staat seine Staatsanleihen nur noch mit horrenden Zinsen; und seit bald einem Monat überhaupt keine Euro mehr. Die Rating-Agentur Standard & Poor's hat Griechenland auf die Stufe «Ramsch» gesetzt. Das war der K.-o.-Schlag! Damit war der Finanzmarkt für Griechenland geschlossen. Kredite, wenn überhaupt, wurden diesem nur noch gegen Wucherzinsen gewährt.

Zutiefst korruptes System

Doch was ist eine Rating-Agentur? Sie bewertet die Kreditwürdigkeit von Wertschriften, Unternehmen und Staaten. Moodys, Fitch und eben Standard & Poor's sind die drei wichtigsten Rating-Agenturen; alle mit Sitz in New York. Paul Krugman, Nobelpreisträger für Ökonomie, nennt sie «ein zutiefst korruptes System». So seien Wertschriften, die sich in der Finanzkrise als Schrottpapiere erwiesen haben, noch 2006 mit Bestnoten zum

Kauf angeboten worden, und zwar 93 Prozent des «Giftmülls». Der Verdacht, die «Ramsch»-Rating-Agentur habe Griechenland für Spekulanten zum Abschluss freigegeben, liegt nahe und wird in Fachkreisen auch offen ausgesprochen. Vordergründig geht es um den Staatsbankrott Griechenlands – faktisch jedoch gegen den Euro. Der deutsche Bundespräsident Horst Köhler war früher beim Internationalen Währungsfonds tätig. Er kennt somit die «Mechanik» und beklagt, dass der Finanzkapi-

Inhalt

- 2 Zum Thema Manager-Löhne und Boni
- 3 Nähern wir uns dem X-day?
- 4 Sagen Sie auf russisch «Rucksack»
- 6 Das 20. Jahrhundert – ein Krimi der Weltgeschichte
- 8 Aus den Kantonen
- 9 Tolle SD-Delegiertenversammlung
- 10 Verwandelte Schweiz – Versandelte Schweiz!
- 15 Der Leser hat das Wort

Euro im Koma

Fortsetzung von Seite 1

talismus mittlerweile ganze Staaten erpresst.

Schädliche Umverteilung

Die Spekulantenmafia arbeitet mit Wetten. Bei Fussballspielen wird auf den Sieger gesetzt. Beim Euro auf den Verlierer. Dass heisst, wenn er schwach wird, ist die Wette gewonnen. Das bringt Milliarden. Die EU hält dagegen! Wie bereits erwähnt, unterstützt sie Griechenland mit 110 Milliarden Euro während drei Jahren. Die EU muss um jeden Preis verhindern, dass der Euro via Athen ins «Rutschen» gerät. Das den Griechen von EU und IWF diktierte Sparprogramm ist hart und politisch explosiv. Denn ab sofort haften die Mitteleuropäer (inkl. Schweiz) mit zig Milliarden und ihrer eigenen Bonität für die Versäumnisse und die Unfähigkeit von Griechenland, Spanien und Portugal. Das EU-Rettungspaket ist in Wirklichkeit eine volkswirtschaftlich schädliche Umverteilung. Betroffen sind in erster Linie Länder mit einer (einigermaßen) seriösen Budgetpolitik, die nun mit etlichen Milliarden für die Versäumnisse anderer Länder zur Kasse gebeten werden.

Keine Schweizer Steuergelder

Für uns Schweizer Demokraten (SD) dürften keine Schweizer Steuergelder für die selbstverschuldeten Probleme anderer Länder locker gemacht werden. Was derzeit stattfindet, ist nichts anderes als eine Massenentmündigung und eine Vermögensumverteilung Richtung Südeuropa. Während hierzulande jeder Steuerfranken zweimal umgedreht werden muss und die staatlichen Leistungen ständig weiter eingeschränkt und abgebaut werden, wirft man irgendwelchen schlampigen ausländischen Regierungen Milliardenbeiträge hinterher. Profiteure dieser EU-/IWF-Aktion sind am Schluss die Banken (und Spekulanten), die ihr Spiel munter weiter treiben können. Die europäischen Staaten sollten handlungsfähig bleiben, doch deren ruinöse Politik reisst immer grössere Löcher in die Staatshaushalte jener Staaten, die bislang, wie die Schweiz, Deutschland, Österreich oder die Niederlande, noch nicht total überschuldet sind. Das EU-Rettungspaket von 750 Milliarden Euro, einschliesslich der Kredite für die Griechen von 110 Milliarden beträgt damit astronomische 860 Milliarden Euro. Somit wurden bereits Dimensionen der Bankenkrise von 2008 erreicht. Dies



Griechenland-Finanzspritze – Schweiz zahlt mit...

heisst: Fast eine Billion Euro für den wirtschaftlich wie finanziell untauglichen Versuch, die griechische Ziege mit dem deutschen Adler zu kreuzen.

Schuldenolymp – das Ende der EU?

Die nächsten Krisenkandidaten stehen schon auf der Matte. Spaniens Ministerpräsident, der noch kürzlich eine Finanzkrise seines Landes als herbeigeredete böswillige Spekulation bezeichnete, hält

inzwischen, ebenso wie Portugal, den Hut auf. Beiden müssen neue Sparvorschläge vorlegen, um dann die Hilfe einkassieren zu können. Die Spanier allerdings beschlossen weniger Sparmassnahmen, als von anderen gewünscht. Spanien jedoch ist die viertgrösste Volkswirtschaft im Euroraum. Von den südeuropäischen Staaten ist auch Italien tief verschuldet und wird gemäss Finanzexperten in Kürze ebenfalls bei der EU um eine statt-

liche Finanzspritze bitten. Kann dieser Schuldenolymp überhaupt noch gestoppt werden?

Alt-Nationalrat Franz Jäger schlägt eine nord- und eine südeuropäische Eurozone vor. Ohne eine einheitliche Eurozone ist aber auch die politische Europäische Union am Ende.

Die Schweiz tat gut daran, der EU nicht beizutreten. Die Euro-Turbos hierzulande sind sprachlos geworden und haben sich seit Wochen ins Mauselloch zurückgezogen. Trotz Anfeindungen der kosmopolitischen Presse, der heimatmüden Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände, haben wir Schweizer Demokraten (SD) dank unseres langjährigen, intensiven Engagements bisher einen erheblichen Beitrag zum Nicht-Beitritt unseres Landes zur EU geleistet. Die beängstigenden Entwicklungen rund um die europäische Finanzkrise und dem Absturz des Euro haben unseren unermüdligen Kampf gegen den EU-Beitritt der Schweiz mehr als gerechtfertigt. Wir machen so weiter!

Zum Thema Manager-Löhne und Boni

Vorbemerkung: Ein altes Sprichwort besagt: **«Kleine Diebe hängt man an den Galgen, die Grossen an die goldenen Ketten.»**

Die Definition des Verdiensts lautet: **«Durch Arbeit erworbenes Geld!»**

Die Definition des Dienens lautet:

«In abhängiger Stellung (gegen Lohn, Gehalt) bestimmte Pflichten erfüllen, Arbeiten verrichten.»

Im Obligationenrecht (3. Abschnitt, Art. 61ff) sind bewährte Prinzipien gegen die ungerechtfertigte Bereicherung zwar ausdrücklich festgehalten. Was derzeit auf den belles étages der Banken und Versicherungen abläuft, muss aber ebenso als Verhöhnung eben dieser Prinzipien erkannt werden, wie das Einbringen «krimineller Energien»!

Was war zuerst – das Huhn oder das Ei?

Seit mindestens 30 Jahren hat die FED, die amerikanische, private Notenbank laufend mehr Geld geschöpft, als es der Leistung der amerikanischen Wirtschaft entsprach (Verhältnis 10:1). Wir sind soweit, dass seit 2006 nicht einmal mehr die Geldmenge M3 bekannt gegeben wird.

Mehr Geld aber bedeutet Inflation!

sei es heute oder morgen. Angesichts der Kursentwicklung des Dollars in den letzten Jahren bedarf dies wirklich keines weiteren Beweises. Erinnern Sie sich – liebe Le-

serInnen – noch an die Zeit als 1 USD zirka sfr. 4,50 wert war? Das war z.B. noch 1989 der Fall. Und jetzt sind wir auf rund sfr. 1,10 oder weniger. Diese Entwicklung darf mit Fug und Recht als **«gebremste Hyperinflation»** bezeichnet werden. Wie eine solche endet, wissen wir Europäer sehr wohl aus dem Beispiel Deutschland/Österreich nach dem Ersten Weltkrieg und der Zeit der Grossen Depression (nach den Goldenen Zwanziger Jahren!) mit all den sozialen und politischen Folgen.

Ebenfalls seit ungefähr 30 Jahren kommt von den USA her die Botschaft, dass die Wertsteigerung der Aktien (Shareholder-Value) per Jahr mindestens 15% betragen soll. Spitzenmanager im Finanz- (sprich Kasino-)Sektor seien mit Löhnen im einstelligen Millionenbereich bei Laune zu halten. Der Markt verlange nach derart exorbitanten «Löhnen» oder man müsse eben auf die fähigen Leute verzichten.

Es stellt sich die Frage, ob diese «Stars» der Kasino-Wirtschaft mit ihren Salärforderungen und Boni-Erwartungen als Insider nicht einfach abzocken, solange es noch möglich ist, quasi die unausweichliche Hyperinflation vorwegnehmen.

Und der kleine Mann, der Kleinaktionär soll diesem Spiel geduldig zuschauen. Und wenn er protestiert, wird er als Neider abqualifi-

ziert. Wie dies z.B. Urs Paul Engeler in der «Weltwoche» tat.

Was machen die Abzocker mit ihren Millionen?

Sie flüchten so rasch wie möglich in Realwerte; seien es Liegenschaften, Edelmetalle, Kunstobjekte oder Unternehmensbeteiligungen und/oder Farmen. Und solange es eben noch geht, mischen sie kräftig in den Börsengeschäften mit. Das kann man ihnen nicht einmal verargen; sie wären ja blöd, würden sie in Kenntnis der Entwicklung ihr Geld in Staatsanleihen, Obligationen oder – mit einer lächerlichen Verzinsung von 0,5% – auf Sparkonti anlegen. Solange die Politiker Hunderte von Milliarden Schulden aus dem Nichts stampfen, resp. zu Lasten der Staaten (lies Steuerzahler) aufnehmen, kann in der Kasinowirtschaft ruhig weitergespielt werden. Nach dem beinahe Supergau sind die Banken dazu in die Lage versetzt worden. Sie hatten jahrelang kreditunwürdigen Ländern Geld zu stolzen Zinsen von 5 bis 8% ausgeliehen. Geld übrigens, das die Geschäftsbanken von den Zentralbanken zu bescheidenen Zinssätzen von 1 bis höchsten 3% zur Verfügung gestellt bekamen. Und diese Banken konnten all die Jahre an ihr Personal die höchsten Löhne ausrichten – ihren Führungsleuten in

Fortsetzung Seite 5

Nähern wir uns dem X-day?



Der Monatskommentar von Valentin J. Oehen, e. Nationalrat

Anlässlich der 102. Generalversammlung der Aktionäre der Nationalbank am 30. April 2010 versicherte Philipp Hildebrand, Präsident des Direktoriums, in seiner Ansprache mehrmals, die Finanzkrise sei gelöst, das Schlimmste liege hinter uns; die Folgen würden uns allerdings noch längere Zeit beschäftigen.

Der gut gespielte Optimismus diente offenbar der Beruhigung der anwesenden Aktionäre – die Öffentlichkeit nahm jedoch mangels journalistischer Aufarbeitung des Vortrages von den beruhigenden Tönen kaum Kenntnis.

Heute, am 9. Mai 2010, tönt es schon ganz anders. Da titelt z.B. die NZZ am Sonntag: **Nationalbank-Präsident: «Die Lage ist sehr ernst.»** Und «Die Krise des Euro ist auch für die Schweiz Besorgnis erregend. Die SNB will jedoch in der Schweiz keine Deflation wegen der Euro-Krise zulassen.»

Zu diesem Zweck will Hildebrand offenbar die Währungsreserven massiv durch Zukauf von Euros aufstocken. Nachdem schon in den vergangenen Wochen durch grosse Euro-Zukäufe der Euro gegenüber dem Schweizer Franken gestützt wurde – weitgehend ohne Wirkung – stellt sich die Frage, wie weit der Schweizer Franken in den Strudel eines zusammenbrechenden Dollar/Euro-Systems hineinmanövriert werden soll.

Statt Euros zu kaufen, müsste die SNB dringend die Euro-Bestände wie auch die Dollar-Reserven abbauen und dafür Edelmetall-Barren bunkern. Dies im Interesse unserer Währung. Unser Wirtschaftsraum ist viel zu klein, um den Zerfall der Leitwährung Dollar und des Euro bremsen zu können. Es macht wenig Sinn, im aktuellen Geschehen Winkelried spielen zu wollen. Dagegen wäre es sinnvoll, im Interesse der Zukunft unseres Landes die eigene Währung nach Kräften zu schützen. Darauf hat sich auch unsere Exportwirtschaft einzustellen. Als Verkaufsargumente für unsere Güter haben die Qualität und einwandfreie Serviceleistungen und nicht ein relativ günstiger Franken zu dienen.

Wo sind übrigens unsere Gold-Reserven?

Wer erinnert sich nicht an die dümmliche Antwort des seinerzeit verantwortlichen Bundesrates auf diese Frage aus dem Parlament? *Das weiss ich nicht; Das brauche ich nicht zu wissen; Das will ich auch nicht wissen!*

Die Goldreserven sollen gerade noch 18% der Aktiven der Nationalbank von 140 Milliarden Franken ausmachen. Da diese Zahl noch durch Höherbewertung des Goldes im Jahre 2009 (+ 7 Mia. Franken) geschönt wurde, stellen sich wichtige Fragen:

- Wer ist verantwortlich für die seinerzeitige Wertung, wir hätten unnötig viele Goldreserven, worauf Hunderte von Tonnen Gold verschleudert wurden.
- Gab es internationalen Druck (USA?) auf unsere Währungshüter?
- Wie weit ist das uns gehörende Gold unverpfändet, physisch unter unserer Kontrolle hier in der Schweiz?
- Was oder wer hindert uns daran, irgendwo gelagerte Goldbarren zu repatriieren?

Es ist interessant zu wissen, dass Ende 2009 die Devisen-Reserven in US-Dollar 30%, jene in Euro 58% ausmachten.

Das ist keine beruhigende Feststellung angesichts der Entwicklungen im Dollar- und im Euro-Raum. Die reale Bonität der Staatsschuldner kann angesichts der enormen, steigenden Verschuldung vieler Länder – allen voran der USA – jederzeit abstürzen. Dann, wehe unseren «sicheren» Schuldnern, wie sie Philipp Hildebrand bezeichnete.

Nach den jüngsten Beschlüssen zur Absicherung des Euro vor «systemischen Krisen» (nach Jean Claude Trichet, Präs. der EZB), ist klar, dass

- sich auch die «starken» Euro-Länder massiv weiter verschulden werden;
- erneut das kränkelnde Finanzsystem mit ungedecktem fiat-money geflutet werden soll;
- die grundlegenden Probleme der Fehlkonstruktion «Euro-Zone» nicht angegangen werden;
- wir uns mit einem 750-Milliarden-Schritt der Hyperinflation mit nachfolgendem Untergang des Euro nähern;
- der seinerzeit hochgejubelte Stabilitätspakt weiterhin missachtet wird, resp. von den im Schein-



Gewisse Kreise spielen mit unserer Währung Finanz-Monopoly.

- werferlicht stehenden Staaten Portugal, Spanien, Italien Bulgarien und Rumänien auf Jahre hinaus mit Sicherheit nicht eingehalten werden kann;
- es fraglich ist, ob vor allem Deutschland seine Rolle als Zahlmeister noch lange wird spielen wollen und können;
- jetzt auch die EZB ihre Rolle als Währungshüterin aufgibt und zur fiat-money-Maschine wird.

Was passiert hinter den Kulissen?

Da der Dollar noch immer – trotz der irrwitzigen Geldvermehrung – als Leitwährung funktioniert, ist es wichtig zu wissen, was in den USA vor sich geht. Zitat aus einem vertraulichen Bericht vom Mai 2010: «In Washington wird hinter verschlossenen Türen «rein theoretisch» über eine **Währungsreform und einen möglichen Staatsbankrott** diskutiert. Der Plan B für eine solche Situation soll beim US Treasury schon in der Schublade liegen. Nach neuesten Beurteilungen von *Bloomberg* und *Shadowstats* stehen die USA noch in diesem Jahr vor einem (theoretischen) Staatsbankrott. Die Bevölkerung verarmt immer weiter, schon jeder 5. US-Bürger ist auf staatliche Lebensmittelhilfe angewiesen. Die wirkliche Arbeitslosenrate liegt inzwischen bei 22 Prozent. Die US-Regierung muss in den nächsten 12 Monaten kurzfristige Kredite in der Höhe von 3,5 Billionen Dollar zurückzahlen. Anders gerechnet benötigen die USA alleine für ihre Kriegsausgaben und die Schuldentilgung das gesamte verfügbare Jahresbudget – alle andern Aufgaben können nur durch Schuldenaufnahmen finanziert werden. Die Kriege im Irak und in Afghanistan lassen die Verschuldung weiter explodieren.

In der US-Regierung werden nun

sogar Vorbereitungen getroffen, um bei der Fortsetzung der derzeitigen Entwicklung das **Kriegsrecht über die USA** verhängen zu können.

Experten warnen: **Die USA haben bei jeder grossen Krise im Lande einen neuen Krieg begonnen. Heute sind die Vorbereitungen für einen von Israel geforderten Krieg gegen den Iran abgeschlossen.»** Ende Zitat.

Und zur Situation im Euro-Raum schreiben die Spezialisten der Investmentbank Morgan Stanley:

«Aus fiskalpolitischer Sicht sind die Volkswirtschaften in einer Situation, als ob sie gerade den Dritten Weltkrieg überstanden hätten. **Staatspleiten westlicher Industrienationen sind unabwendbar und nur noch eine Frage der Zeit.»**

Und die europäische Zentralbank warnte in einem internen Schreiben: **«Mehr als zwei Jahrzehnte dürfte es dauern, bis die Schuldenquote im Euroraum wieder auf ihren Stand vor der Finanzkrise zurückkehre – falls es ab sofort ein kräftiges Wirtschaftswachstum im Euro-Raum geben wird. Das allerdings ist nicht in Sicht!**

Andreas Argens beschreibt in seinem Buch «Gebt unser Geld zurück» (erschienen 2009) die Entwicklung, wie wir sie jetzt überblicken können.

Im Klappentext seines Buches lautet das Ende vom Lied wie folgt (Zitat): «Immer klarer wird, dass der Zusammenbruch unseres Finanzsystems trotz aller Bemühungen und internationaler Gipfeltreffen kaum noch gestoppt werden kann. Die Rechnung, die wir wohl für die Gier und Masslosigkeit internationaler Investmentbanker zahlen müssen, entzieht sich in ihrer Grösse jeder Kontrolle.

Es wird deshalb höchste Zeit, sich darauf vorzubereiten, dass der kommende Untergang nicht nur Hyperinflation und Währungsuntergang mit sich bringt, sondern mit noch grösseren Katastrophen wie Wiedereinführung der Tauschwirtschaft, mit inneren Unruhen und Systemwechsel einhergehen könnte.

Auch wird mancherorts allen Ernstes ein grosser Krieg als Ausweg aus dem drohenden Finanzkollaps diskutiert.

Der Vulkanausbruch in Island könnte unsere Sinne schärfen, das Udenkbare zu denken und uns helfen, rechtzeitig eigene Schlüsse zu ziehen und sinnvoll zu handeln!

Sagen Sie auf russisch «Rucksack»!

Beobachtungen und Eindrücke von Bernhard Hess, der in diesem Frühjahr einen mehrwöchigen Russisch-Sprachaufenthalt in St. Petersburg erleben durfte.

Zugegeben, auch ich bin noch ganz im Geiste des Kalten Krieges aufgewachsen. In meiner Rekrutenschule im Jahre 1986 lernten wir noch eifrig, dass der «böse Feind» bis auf die Zähne bewaffnet, hinter dem Eisernen Vorhang harret und jederzeit Richtung Westen marschieren könnte. Meinem damaligen Hauptlehrer, Ernst Eggimann, später nonkonformer Grossrat der Grünen Freien Liste, empfahl man auch schon mal, wenn es ihm im tiefen Eemmental nicht gefallen sollte, so könne er doch direkt nach Moskau übersiedeln.

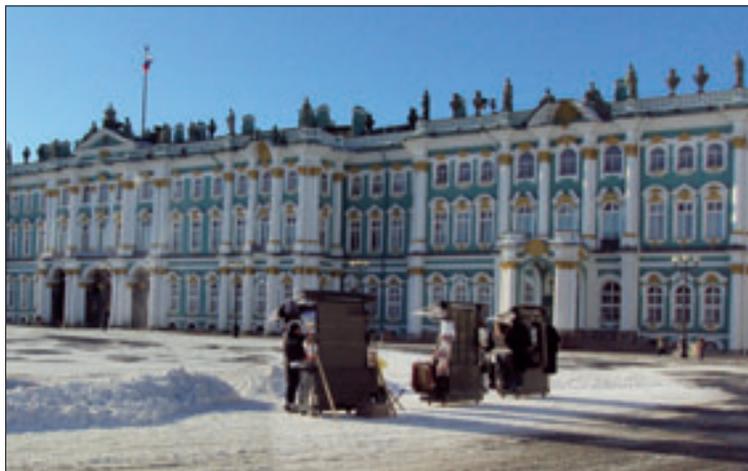
In der Zwischenzeit fiel die Berliner Mauer und auch sonst präsentiert sich die Welt nicht mehr bipolar. Im Gegenteil: Als einzige Weltmacht konnten sich die USA etablieren, welche mit ihrem «American way of life» seither scheinbar die ganze Welt beglücken. So machte ich mich in den Monaten März und April auf den Weg, den gesellschaftlichen Zustand Russlands, welches das Erbe der einstigen Weltmacht Sowjetunion übernommen hat, mit eigenen Augen zu erleben.

Vaterländisch ausgerichtete Politik

Das Lernen einer neuen Sprache, welche zudem ein uns komplett fremdes kyrillisches Alphabet beinhaltet, bedarf präziser Vorbereitung. Schon Wochen zuvor eignete ich mir im Heimstudium mit Hilfe von Lernkassetten erste Ausdrücke und Redewendungen an. Zudem richtete sich mein Augenmerk auch vermehrt auf die Berichterstattung über Russland in unserer Tagespresse. Dabei fiel mir auf, wie beinahe sämtliche Zeitungen unserer etablierten Schweizer Presse Russland durchwegs negativ darstellen. Offensichtlich missfällt es den hierzulande meist kosmopolitisch orientierten Medienschaffenden, dass sich in Russland durchaus eine patriotisch ausgerichtete Politik ausbreitet, welche nicht willens ist, den weiteren Ausverkauf Russlands ins westliche Ausland hinzunehmen und sich erfolgreich im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich gegen westliche Einflüsse zur Wehr setzt.

Freundlich grüsend

Ende Februar machte ich mich als Sprachstudent Richtung St. Petersburg auf. Die einzigartig schöne Stadt an der Neva, welche vor etwas mehr als 300 Jahren (1703) durch den russischen Zaren als «Fenster



Der Winterpalast (Ermitage) romantisch in Schnee verhüllt. (März 2010)

zum Westen» auf dem «Reissbrett» entstand, hat mich seit meinem ersten Besuch vor rund zehn Jahren schon immer fasziniert. Schon nach meiner Landung beobachtete ich ein ganz anderes «Klima» als noch vor einem Jahrzehnt. Damals wirkten die zahlreich anwesenden Zollbeamten noch bedrohlich und schauten echt grimmig drein. Diesmal lächelte eine junge Dame in einer schnittigen Uniform aus dem Zollhäuschen, welche hoch erfreut war, dass ich sie auf russisch begrüßte. Die Zollabfertigung erfolgte dann ebenfalls ohne grosse Komplikationen und ohne den Papierkram, wie er noch vor wenigen Jahren in Russland üblich war. Vor dem Flughafen angekommen, holte mich ein Universitätsstudent, der offensichtlich mit Taxifahrten ein kleines Zubrot verdient, mit einem japanischen Personenwagen ab, der mich nach einer äusserst vorsichtigen Fahrt (die Strassen waren vereist!), direkt zu meiner Gastfamilie in der einstigen roten Hochburg «Elizarowskaya» (ein bolschewistischer Revolutionär) brachte.

Sprachstudent bei Gastfamilie

Da stand ich nun als 43-jähriger Student im Korridor meiner Gastfamilie und wurde neugierig von einer äusserst gesprächigen «Babuschka» (Grossmutter), namens Tatjana, einem sportlichen 35-jährigen Berufsoffizier Anatoli, seiner um zwei Jahre jüngeren Frau Svetlana, und deren beiden Kinder, Nikolai (13) und Anna (3) begutachtet. Etwas peinlich berührt war ich, als ich feststellen musste, dass Sohn «Kola» für mich sein Schlafzimmer geräumt hat und während meiner Anwesenheit, im Wohnzimmer, zusammen mit dem Grossmütterchen schlief. Die Wohnverhältnisse in dem 1927 erbauten Mehrfamilienhaus waren in der 3 1/2-Zimmer-Wohnung für die fünfköpfige Familie für westliche Verhältnisse äusserst eng, zumal am Wochenende

meist noch eine weitere junge Frau, welche als Film und Theaterkritikerin arbeitete, als Gast einquartiert war.

Meine Adresse lautete Babuschkina 23, wobei mich die «Babuschka» sofort belehrte, dass es sich hier nicht etwa um eine «Grossmutterstrasse» handelt, sondern an den sowjetischen Revolutionär der ersten Stunde, Iwan Babuschkin, erinnert. Auch sonst wird man in «Leningrad» vom Erbe der Sowjetunion auf Schritt und Tritt konfrontiert. Zwar wurden einige Strassen und Plätze umbenannt, so heisst das frühere Lenin-Stadion neu Petrowski-Stadion, doch im Gegensatz zu Moskau, wo doch sehr viele sowjetische Denkmäler demontiert wurden, stellt sich Petersburg seiner Vergangenheit und lässt sämtliche Baudenkmäler aus der kommunistischen Ära stehen.

Elementare Sprachbausteine gelernt

Tags darauf wurde ich von der quirligen Grossmutter zur – vor zwanzig Jahren von einem Schweizer gegründeten – Sprachschule Liden & Denz begleitet. Kaum angekommen, gab es einen kleinen Sprachtest und augenblicklich später sass ich dann in der Anfängerklassen. Dort machte eine resolute junge Lehrerin allen klar, dass ab sofort russisch gepaukt wird. Da in meiner Klasse doch einige aus dem deutschen Sprachraum anwesend sind, macht sich die Lehrerin ein kleines Spässchen. «Sagen Sie auf russisch «Butterbrot», «Rucksack» oder auch «Landschaft», fordert sie uns auf, und zeigt uns auf, dass es auch im Russischen viele fremde Leihwörter gibt. Nach vier Stunden war ich so gut wie fix und fertig. Doch wurden uns noch Aufgaben für im Minimum zwei weitere Arbeitsstunden aufgebremmt. Allgemein darf ich der Schule ein Kränzchen winden. Während meinem Aufenthalt habe ich, entgegen meinen ursprünglichen Befürchtungen,

wirklich elementares Sprachwissen gelernt. Ausserdem hilft die Schule auch, dass man sehr rasch mit Einheimischen in Kontakt kommt. So finden in den selben Räumlichkeiten auch abends Deutsch- und Englischkurse für Russen statt. Damit Einheimische und Ausländer in Kontakt kommen, wird ungefähr vierzehntägig eine Wodkaparty in den Schulräumlichkeiten organisiert.

Blockade als Trauma

Für historisch Interessierte hat Petersburg einiges zu bieten. So war die Stadt von ihrer Gründung 1703, bis zum Ausbruch der Oktoberrevolution 1917, russische Hauptstadt, wobei mehrfach der Name geändert wurde (St. Petersburg bis 1914, Petrograd bis 1924, Leningrad bis 1991, neu wieder St. Petersburg). Während des Zweiten Weltkrieges wurde Leningrad von den Deutschfinnischen Truppen 900 Tage lang belagert. Dabei kamen gegen eine Million russische Zivilisten ums Leben. Die meisten Menschen verhungerten oder kamen durch Seuchen ums Leben. Spätestens nach dem eindrücklichen Besuch des Blockademuseums in der Innenstadt und der ständigen Ausstellung am Stadtrand (nördlichste Stellung der Deutschen Wehrmacht) wird mir einmal mehr klar, dass die Deutschen Truppen keinesfalls als Befreier vom sowjetischen Joch, sondern als brutale Besatzer in den europäischen Teil Russlands einfielen (anders in den Baltischen Staaten und der Ukraine). Ironie des Schicksals ist zudem, dass infolge der Blockade Leningrads (und übrigens auch in Weissrussland) vor allem der durch die NS-Ideologen so bezeichnete russische Bevölkerungsteil «guten Blutes» (also europäischstämmig, teilweise mit Balten oder Skandinaviern durchmischt) umkamen und später mit Bevölkerungsgruppen aus anderen Teilen des Riesenreichs ersetzt wurden.

Sowjetunion als Paradies

Aus geschichtlichem Interesse versuche ich mit älteren Leuten über die Blockadezeit und das Leben in der ehemaligen Sowjetunion zu sprechen. Eines Abends begegne ich im Treppenhaus einer alten Dame, welche mich in perfektem Französisch anspricht. Sie stellt sich als Nelly vor, eine längst pensionierte Sprachlehrerin. Nelly ist zwar gebrechlich, geistig aber noch absolut fit. Fast drei Stunden sitzen wir zusammen. Nelly erzählt mir, wie sie als kleines Mädchen über den im Winter 1942/43 zugefrorenen Ladoga-See über die sogenannte «Strasse des Lebens» aus

der belagerten Stadt evakuiert wurde und danach in einem Güterwagen Richtung Osten in Sicherheit gebracht wurde. Offensichtlich prägendes Erlebnis war dabei, dass während dieser Fahrt ein junges Mädchen starb und bei einem Halt einfach aus dem Viehwagen geworfen wurde. Nelly offenbart mir aber auch, dass in der Zeit der Sowjetunion längst nicht alles schlecht war. Es herrschte Ordnung, soziale Ungerechtigkeit war nicht spürbar und alle Menschen konnten ein menschenwürdiges Leben führen. Und heute? Ein unbarmherziger Kapitalismus westlicher Prägung hat Einzug gehalten. Die Gauner schwimmen oben auf. Nelly jedenfalls, die mit einer Minimalrente leben muss, wünscht sich die Sowjetunion wieder zurück, die sie explizit als «Paradies» bezeichnet.

Russland den Russen

Allgemein sind die Russen äusserst vaterlandsliebend. Sie kritisieren zwar ihr Land oft und gerne. Doch wehe ein Ausländer sagt etwas Negatives über Russland! Ich lerne eine attraktive Mittdreissigerin kennen, welche mir offenbart, dass es in Russland längst viel zu viele Nicht-russen, vor allem Angehörige der Turkvölker, aus den ehemaligen sowjetischen Kaukasusrepubliken, gibt. Wenn sie einen Ausländer heiraten würde, dann sowieso nur einen Europäer, einen Deutschen (ich stelle fest, dass die Russen gegen das deutsche Volk überhaupt keinen Groll hegen, was ich darauf zurückführe, dass in der Sowjetpropaganda immer nur von den Hitler-Faschisten, aber nie von den Deutschen, gesprochen wurde). Na ja, am besten wäre ein Däne, Norweger, Schwede oder auch ein Schweizer, weil dort alles so sauber ist und ein hoher Lebensstandard herrscht. Doch schon ein Italiener komme keinesfalls in Frage! Dazu muss man wissen, dass, vor allem in den Sommermonaten, Heerscharen von Italienern in Petersburg zur Brautschau unterwegs sind, um sich eine dieser attraktiven Damen zu angeln. Diese Herren benehmen sich jedoch so machohaft unanständig, dass sie von den Einheimischen mittlerweile in den gleichen Topf wie «Türken» geworfen werden. Gemäss dem deutsch-französischen Publizisten Peter Scholl-Latour sind über 70 Prozent der Russen der Meinung, dass Russland nur für Russen Heimat sein soll.

Polizei wirkt bedrohlich

Das Strassenbild in der Innenstadt ist geprägt von äusserst elegant gekleideten Damen. Die Russinnen wenden viel Zeit und Geld auf, gepflegt zu erscheinen. Aber auch die Männer kleiden sich ordentlich, wobei das Strassenbild sowohl bei Frau-

en wie auch bei Männern weniger bunt anmutet. Die «Adidas-Sporttrainer-Mode» bei Männern, wie man sie aus Balkanländern kennt, beobachtet man hier kaum. Jugendliche mit Rastazöpfen und -Frisuren, mit langen Haaren oder mit auffälligen Piercings entpuppen sich meistens als skandinavische oder mitteleuropäische Rucksacktouristen. Drogenabhängige werden von der Miliz augenblicklich aus dem öffentlichen Raum entfernt. In Russland wirkt die Polizei auf mich nach wie vor autoritär und auch etwas bedrohlich. Jedenfalls wäre es dort unvorstellbar, dass Polizeibeamte von Asylbewerbern oder sonstigen asozialen Leuten, wie in der Schweiz, beschimpft oder gar bespuckt würden. Hier gilt relativ rasch: Knüppel aus dem Sack!

Armut ist augenfällig

Die aktuelle Weltwirtschaftskrise trifft die Russen hart. Vor allem vor den Ein- und Ausgängen der Metro trifft man viele arme Menschen, die um einen kleinen Obolus bitten. Auffallend viele alte Menschen sind darunter, aber auch Menschen in meinem Alter, die offensichtlich aufgrund ihrer Arbeitslosigkeit keine andere Möglichkeit mehr sehen als zu betteln. Meistens wird man gefragt, ob man den Gegenwert einer Metroeinzelfahrt (22 Rubel, ungefähr 80 Rappen) entbehren könnte? Die Bettler können seitens der Einheimischen auf eine grosse Solidarität zählen. Fast alle männlichen Einheimischen haben in der Hosentasche einige Rubel, die sie inner- und ausserhalb der Metro an Bedürftige abgeben. Meistens gibt man jedem Bettler je eine Münze. Besonders betrübt hat mich aber die Tatsache, dass es auch bettelnde Kriegsveterane in Uniform (meist Minenopfer aus der Zeit des sowjetischen Afghanistankrieges oder auch aus den neuerlichen Kriegen und Konflikten im Südkaukasus) gibt, denen oft ein Arm oder ein Bein fehlt. Offensichtlich ist die heutige russische Zivilgesellschaft nicht in der Lage, all ihren kriegsversehrten Armeeingehörigen ein finanziell abgesichertes Dasein zu gewähren.

9. Mai (Tag des Sieges)

Besonders ehrenvoll hingegen werden bis heute die noch lebenden Menschen der Weltkriegsgeneration behandelt. In der Metro ist mir aufgefallen, dass die Jugendlichen und jungen Leute unverzüglich vom Sitz aufstehen, wenn gebrechliche Menschen einen Sitzplatz suchen, meist begleitet durch Worte wie «setzen Sie sich Babuschka». Eine besondere Ehre wiederfährt den «Veteranen» am 9. Mai, dem Tag des Sieges im Grossen Vaterländischen Krieg. Schon Wochen vorher werden über-



Freundlicher Empfang bei Liden & Denz (Russisch-Sprachschule in St. Petersburg; www.lidenz.ru)

all in der Stadt von staatlicher Seite zu Ehren der Weltkriegsgeneration Plakate mit der Aufschrift «Ewiger Ruhm» aufgehängt. Am 9. Mai selber findet dann alljährlich eine Parade statt. Am Grab des unbekanntenen Soldaten werden durch die Bevölkerung Unmengen von Blumen niedergelegt. Und auch heute ist es noch üblich, dass Kinder, junge Frauen und Männer, den noch lebenden Weltkriegsveteranen als Zeichen des Dankes und der Anerkennung Bonbons, Schokolade oder Blumen überreichen.

Andere Länder, andere Sitten

Zu guter Letzt noch eine kleine Anekdote aus dem täglichen Leben mit der russischen Familie. Seit der Oktoberrevolution gilt in Russland der 8. März, der Frauentag, als Feiertag, welcher ursprünglich von der deutschen Feministin und Kommunistin Clara Zetkin, als kämpferischer Frauenrechtstag initiiert wurde. Doch längst hat dieser Tag diese Bedeutung verloren. Bereits am Vor-

abend des «Viesmoja marta» beobachte ich den Familienvater, wie dieser emsig allerlei Gebäck und auch sonst eine köstliche Mahlzeit vorbereitet. Am 9. März ist dann schulfrei. Also schlafe ich auch etwas länger. Als ich zum Morgenessen in die Küche eintrete, stelle ich fest, dass anders als sonst*, sämtliche Frauen, von der kleinen Tochter über die Ehefrau bis zur Grossmutter, am Tisch sitzen. Gekocht und serviert wird heute vom Armeeberufsoffizier und dessen Sohn. Es wird mir erklärt, dass an diesem einen Tag die Frau absolut keine Arbeit verrichten darf und die Männer sämtliche Arbeiten im Haushalt übernehmen. Dieses Rollenspiel wird den ganzen Tag weitergeführt. Für mich ein schöner Brauch, als Mann der Frau zumindest einmal im Jahr die Wertschätzung zu beweisen. (*Normalerweise bestanden die Frauen jedoch darauf, uns Männer zu bekochen und zu bedienen).

Doch dabei denke ich an unsere Emanzen im Westen, welche es nicht einmal mehr schätzen, wenn man ihnen im Restaurant die Türe öffnet. Russland wie hast Du es da besser! Leider haben viele Russen im Westen in den vergangenen Jahren ein schlechtes Bild abgegeben. Ich denke an die vielen Neureichen, die in St. Moritz oder anderswo wilde Partys feiern oder an die Belagerer der Hotelbuffets in Sharm el-Sheikh oder in anderen Billigferiendestinationen. Ich jedoch habe in Sankt Petersburg das anständige Russland kennengelernt!

*Bernhard Hess,
e. Nationalrat, Bern*

Manager-Löhne und Boni

Fortsetzung von Seite 2

der Teppichetage Boni im Milliardenbereich ausschütten. Das alles letztlich zu Lasten der Steuerzahler, der KMU, des Mittelstandes und der kleinen Leute!

Der Volkszorn bleibt nicht ewig unter Kontrolle!

Es ist keine Frage, niemand ist in der Lage 15, 20 oder mehr Millionen/Jahr durch seine Arbeit zu verdienen. Weder ein Marcel Ospel, noch ein Brady Dougan oder andere sind fähig, durch ehrliche Arbeit derartige Summen im Interesse und Auftrag ihres Arbeitgebers auf ehrliche Weise zu gewinnen. Stets sind Tausende von Mitarbeitern, Zehntausende von Kunden und Millionen von Kleinaktionären als Besitzer des Unternehmens entsprechend benachteiligt durch jene, welche den Rahm grosszügig für sich selbst abschöpfen.

Sinngemäss gilt das Gleiche für

Sportgrössen und die Stars der Showszene.

Wenn nun die verschuldeten Staaten von – vorderhand – Europas Süden und Osten massive Einsparungen vornehmen müssen, wird das wiederum vor allem die so genannt «kleinen Leute» treffen. Und die Superreichen werden sich in ihren Ferienresidenzen sonnen oder die Kulturangebote der Grossstädte wie London, Paris, Mailand oder New York zu ihrer Erbauung nutzen. Wir befinden uns situationsmässig am Vorabend der Französischen Revolution von 1789, der Bolschewistischen Machtergreifung von 1917 und des Zusammenbruchs der argentinischen Wirtschaft der 90er-Jahre des letzten Jahrhunderts. Die Proteste und wüsten Demonstrationen in Athen geben einen Vorgeschmack von dem was kommen könnte!

Die Verzögerungs-Verschuldungstaktik, weder der USA noch der EU, wird uns davor bewahren.

Hans Spitz, Köniz

Das 20. Jahrhundert – ein Krimi der Weltgeschichte!



Valentin
J. Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

Die im Titel gemachte Aussage ist in mehrfacher Hinsicht zu relativieren. Von den unglaublichen Vorgängen im Ersten und Zweiten Weltkrieg, im Kalten Krieg und im Zuge des Aufbaus des US-Imperialismus im letzten Drittel des letzten Jahrhunderts, wurden vor allem die Kerngebiete Europas und Asiens, aber deutlich weniger Nordamerika (mit Ausnahme der Kriegswirtschaft und dem Engagement der US-Truppen im Ausland) betroffen. Dutzende von Millionen von Toten, Vernichtung unermesslicher materieller Werte und die Untergrabung der Werte-Vorstellungen der Kulturen haben tiefe Spuren hinterlassen.

Die weltweit verbreiteten Kenntnisse und das Bewusstsein der Vorgänge in Echtzeit wurden dank der modernen Übermittlungstechniken zu ungeheuren emotionalen Belastungen breiter Bevölkerungskreise und entsprechenden, leidenschaftlichen Reaktionen. Diese wiederum waren oftmals Auslöser neuer Gewalttaten und neuer Leiden der betroffenen Völker – ein Teufelskreis!

Dieselbe stürmische Entwicklung der modernen Übermittlungstechnik erlaubte und erlaubt heute noch die umfassende Täuschung der Weltgemeinschaft, kann aber gleichzeitig nicht verhindern, dass die Wahrheit schliesslich doch ans Tageslicht kommt.

Die Bewältigung und Aufarbeitung der für den angesprochenen Krimi verantwortlichen Kreise und Einzelpersonen ist zurzeit erst im Anfangsstadium. Allzu viele Dokumente unterliegen noch immer der Geheimhaltung – aus nationalen Sicherheitsgründen (!) – wie behauptet wird. Es sind erschütternde Klärungen in den nächsten zwei Jahrzehnten zu erwarten.

Trotzdem wollen wir den Versuch wagen, einige schicksalsentscheidende Phasen dieses Jahrhunderts zu skizzieren.

Im Vorfeld des Ersten Weltkrieges

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entwickelte sich das junge Deutsche Reich wirtschaftlich, militärisch und diplomatisch sehr positiv. Das missfiel den angelsächsi-

schen Eliten, da sie um die Vorherrschaft Grossbritanniens im 20. Jahrhundert fürchteten; eine Vorherrschaft, die u.a. seit Jahrhunderten durch eine geschickte Bündnispolitik gesichert worden war. Dabei wurde stets die schwächere Kontinentalmacht gestützt, um der sich entwickelnden Macht eine Niederlage beschern zu können.

Im Geheimen wurde in diesem Sinne um 1900 der Plan gefasst, die eurasische Landmasse einzukreisen, um zu verhindern, dass sich Deutschland und Russland verbünden und damit zu einer beherrschenden Macht heranwachsen könnten.

In einer ersten Phase musste deshalb Frankreich gegen Deutschland aufgehetzt werden und Russland war zu «präparieren», um zu gegebener Zeit zur riesigen Falle für Deutschland zu werden (Der napoleonische Feldzug mochte als Vorbild dienen!). Im Hintergrund standen stets die angelsächsischen Verbündeten in Amerika bereit, um das grausame Spiel zum gewünschten Ende zu bringen. Es ging um die endgültige Vernichtung Deutschlands und die entscheidende Schwächung Russlands und damit um die Verhinderung einer gefestigten Macht durch Verbrüderung im Herzen des Kontinents.

Der Erste Weltkrieg

Das Hauptziel der Briten war also die Zerstörung Deutschlands. So wie das einer ihrer Exponenten später formulierte: «Deutschland soll wieder ein Kartoffelacker vom Rhein bis an die Oder werden!»

In verwirrenden diplomatischen und schliesslich auch geheimdienstlichen Aktivitäten (Mord von Sarajewo!) wurde dieses Schlachten in Szene gesetzt.

Mit dem Schlieffen-Plan hatte der deutsche Generalstab sich auf den kommenden Krieg vorzubereiten versucht. Die Briten aber waren längst im Besitze dieses Planes, den die Franzosen einem Verräter (Dieb!) für sechzigtausend Franc abgekauft hatten (Schon damals machten sich also Staaten der Hehlerei schuldig – sofern es ihnen nützlich erschien!).

Am 29. Mai 1914 berichtete Edward House, Präsident Wilsons Hauptberater aus Europa:

«Wann immer England sein Einverständnis geben wird, werden Frankreich und Russland gegen Deutschland und Österreich vorgehen.»

Nach dem Mord in Sarajewo (28. Juni 1914) trat Grossbritannien ei-



Im Ersten Weltkrieg traten vor allem die Armeen der damaligen Grossmächte gegen einander an. Es ging um territoriale, politische und wirtschaftliche Anspüche (vorab politischer und industrieller Kreise!)

ne internationale Lügenkampagne los mit dem Ziel, Deutschland/Österreich als Aggressor und sich selbst als Verteidiger des Friedens darzustellen.

Am 28. Juli 1914 begann der Krieg gegen Serbien mit den anschliessenden Weiterungen zum Weltkrieg. Abel Ferry, der stellvertretende französische Aussenminister, hielt fest:

«Das Netz war gesponnen und Deutschland flog wie eine laut summende Fliege hinein.»

Dann folgte das Morden an der Marne, bei Verdun und an der Ostfront. Russland war in das schauerliche Gemetzel hineinmanipuliert worden, sehr zum Nutzen Grossbritanniens. Es war das britische Schatzamt, das de facto die Kriegführung in Händen hielt. In Russland ging damals das spöttische Wort um:

«England und Frankreich werden bis zum letzten Russen kämpfen.»

In die Jahre 1917/1918 fallen die Agitationen, die von aussen gesteuert zum Zusammenbruch des Zarenreiches, resp. zur bolschewistischen Machtergreifung mit ihren entsetzlichen Folgen für Dutzende von Millionen Menschen führten.

Im April 1917 stand Grossbritannien trotz massiver finanzieller und materieller Unterstützung durch die USA kurz vor dem Zusammenbruch. Das war der Moment, um die USA dazu zu bringen, ihre Pseudo-Neutralität aufzugeben und formell in den Krieg einzutreten. Die provozierte Versenkung des britischen Dampfers **Lusitania** durch ein deutsches U-Boot bot die Möglichkeit, das ame-

rikanische Volk «kriegsbereit» zu trimmen.

Am 3. März 1918 unterzeichnete Deutschland den Friedensvertrag von Brest-Litowsk mit Sowjetrußland. Danach wurden amerikanische Soldaten in Wellen von 300 000 Mann monatlich in Europa gelandet. Im November 1918 standen über zwei Millionen amerikanische Soldaten gegen das grippegeschwächte und ausgeblutete deutsche Heer. Deutschland kapitulierte und es kam zum

Versailler Vertrag

Zu diesem Thema schreibt der Historiker Guido Giacomo Preparata in seinem Buch «Wer Hitler mächtig machte» (Zitat):

Wenn man rückblickend die militärische Geschichte des Ersten Weltkrieges betrachtet, wird völlig klar, dass der ganze Krieg eine Belagerungsoperation gegen Deutschland war. Zehn Millionen Tote hatten nicht ausgereicht, um das Land zu brechen und es zu einem Satelliten der Seemächte zu machen.

Deutschland war nicht auf seinem eigenen Boden besiegt worden.

Um es die vernichtende und endgültige Niederlage innerhalb seiner Grenzen – den zweiten und letzten Akt der «grossen nordwestlichen Belagerung» (das heisst den Zweiten Weltkrieg) – erleiden zu lassen, vollzogen die britischen Planer der Zwischenkriegszeit für die nächsten zwanzig Jahre gegenüber dem Reich eine ambivalente Politik, die aus einer Mischung aus Sanktionen und ausländischen Direktinvestitionen bestand.

In der Tat verbarg die Oberfläche dieser hinterhältigen Politik die spezifische Absicht des Clubs: Danach sollte das militärische und wirtschaftliche Establishment in Deutschland wieder aufgepöppelt werden, während man abwartete, bis man die «richtige» Art politischer Führerschaft ausmachen konnte, die dieses neue, ausgerüstete Reich zum Vorteil Grossbritanniens «benutzen» konnte. Kurz gesagt, der Plan sah vor, den Feind von gestern wieder aufzurüsten und ihn dazu zu bringen, dass er sich erneut in einen Kampf stürzte, der erstens den Vorwand bieten würde, ihn völlig zu vernichten, und zweitens die Gelegenheit bot, seine geopolitische Position zu übernehmen.

Am 11. November 1918 wurde im Wald von Compiègne das Diktat der Sieger unterschrieben. Es umfasste:

- die Übergabe der Kriegszonen;
- Übergabe der Häfen;
- Übergabe des Kriegsmaterials und der Ausrüstung der Gefangenen (dies ohne jede Gegenleistung!);
- Übergabe der Schiffstonnage und der Fahrzeuge;
- Annullierung des Friedensvertrages von Brest-Litowsk mit den Sowjets.

Dazu kamen der aufgezwungene Korridor von Danzig, die Entblösung des Rheinlandes, 13 % seines Territoriums wurde ihm weggenommen (Sudetenland), seine Bevölkerung nach den Kriegsverlusten von 2,4 Mio. Menschen um weitere 6,5 Mio. reduziert. Viele Bergwerke wurden ihm weggenommen. Es verlor 75 % seiner Eisenerzreserven, 26 % der Kohleförderung, 44 % seiner Roheisen- und 38 % der Stahlproduktion.

Ausserdem wurde Deutschland verpflichtet, Teile seiner Industrie umzustellen, um für die Alliierten Schiffe zu bauen und Kohle nach Frankreich zu liefern.

Und das alles einem Land, dem ein Krieg aufgezwungen worden war!

Der deutsche Vertreter Matthias Erzberger unterschrieb auf Weisung von General Hindenburg, um die Hungerblockade gegen Deutschlands Zivilbevölkerung durch die Engländer zu beenden. Durch ihre Blockade hatten die Alliierten bereits 800 000 Deutsche und eine Million Stück Vieh umgebracht. Mit der Erpressung, noch mehr Menschen umzubringen, brachte Grossbritannien Weimar zum Nachgeben, sodass Deutschland die erniedrigende Vereinbarung unterschrieb. Zusammen mit den ungeheuren finanziellen Forderungen war damit die Voraussetzung geschaffen für eine chaotische Zeit in der deutschen Geschichte. Die Alliierten verlangten schliesslich 40 Mia. Dollar, das Dreifache des Vorkriegseinkommens des ganzen Deutschen Reiches, wobei die Briten 120 Mia. Dollar, die Franzosen 220 Mia. Dollar verlangten hatten.

Als im Mai 1921 die Abschlussrechnung vorgelegt wurde, sollte Deutschland in 37 Jahresraten jeweils 34 Mia. Dollar zahlen. Das war das Zweieinhalbfache seines Jahreseinkommens von 1913 und das Zehnfache des Tributs, den es Frankreich 1871 auferlegt hatte. Dann wurde vom Gouverneur der Bank von England – Normann Montagu – die Wirtschaftskrise organisiert.

Aus dem künstlich geschaffenen Chaos wurden das Phänomen «Hitler» und seine NSDAP geboren. Was sich gleichzeitig im Rus-



Nach dem Ersten Weltkrieg verarmten breite Bevölkerungskreise.

sischen Reich und im Fernen Osten unter der Regie Englands abspielte, böte Stoff für ein ganzes Buch. Hier nur soviel:

«Das Ausmass der westlichen Hilfe an die Bolschewiki ist nicht bekannt, obwohl schon im Frühjahr 1918 darüber geredet wurde, die USA hätten Geldbeträge an sie überwiesen, damit sie Waffen und Munition kaufen konnten. Die Übergabe der Gelder wurde durch den Wall-Street-Mann Raymond Robins besorgt, der Trotzki als den bedeutendsten Juden seit Jesus bezeichnete.

Sicherlich haben sich Länder nie so von ihrer schlechtesten Seite gezeigt wie die Alliierten zwischen 1917 und 1920 in Russland. Unter anderem dienten ihre Anstrengungen dazu, die Feinde des Bolschewismus zu kompromittieren und die Kommunisten zu stärken.»

Der Aufstieg Hitlers und der NSDAP – und das Ende

Der Vertrag von Versailles war der bewusste Plan für einen Zweiten Weltkrieg; Deutschland sollte erneut in einen Zwei-Fronten-Krieg getrieben und endgültig vernichtet werden.

Die Manipulatoren hinter diesem Plan erkannten frühzeitig, dass sich aus dem wirtschaftlichen und politischen Chaos, das sie bewusst anrichteten, die Person «Hitler» und seine Partei zum Werkzeug des beabsichtigten nächsten Krieges machen liess.

Die Briten, die Grossindustrie und die angloamerikanische Hochfinanz versorgten bis Ende der Dreissiger Jahre Hitler und seine Partei mit Finanzen und ab 1933 auch mit Industriegütern zum Aufbau der Armee. Preparata sagt zu diesem Phänomen (Zitat):

«Sie statteten die Nazis mit Rohstoffen, militärischem Wissen, Patenten, Geld und Waffen aus – und

das in sehr grossen Mengen. Und warum? Um die Nazis aufzubauen, sie hereinzulegen und schliesslich zu zerstören, und um Deutschland am Ende des Krieges billig zu übernehmen.»

Über den Preis an Elend, Zerstörungen und Millionen von Toten machten sie sich offensichtlich keine Gedanken. Hauptsache – ihre Machtziele liessen sich realisieren!

Hitler war ein Bewunderer der Engländer und glaubte bis 1941, mit England klar zu kommen, um die verhassten Bolschewiken schlagen zu können. Er merkte viel zu spät, dass er nach allen Regeln der machiavellistischen Diplomatie hereingelegt worden war. Auch seine vermeintlichen Erfolge mit der Besetzung des Rheinlandes, von Sudeten-Deutschland und Annektierung der Tschechoslowakei und schliesslich die «Heimholung» Österreichs waren Schachzüge der Briten, um Hitler zu immer gewagteren Schritten zu animieren. Das verarmte und gedemütigte deutsche Volk war von den scheinbaren Erfolgen der Nazis beeindruckt und anerkannte zunehmend den «Führer»; selbst dann noch, als sich am Horizont die nächste Katastrophe – der Zweite Weltkrieg – abzeichnete.

Immerhin gab es in dieser Zeit Verschwörungen, um den Diktator umzubringen. In eine solche Verschwörung war sogar Papst Pius XII. verwickelt. Aber die Engländer verhinderten die Durchführung des Planes.

Hitler setzte blind auf seine Divisionen. Das Gleiche taten anscheinend auch die Finanzleute hinter ihm. In vier Jahren hatte Hitler die Armee aufgestellt, bis 1938 die Arbeitslosigkeit von 9 Millionen Menschen beseitigt. Reichtum durch eine stark progressive Steuer umverteilt, die Lebensqualität bis

1939 etwas angehoben und sogar die allergeringste Inflation zurückgedrängt.

Während des gesamten Wirtschaftsaufschwunges der Nazis hatten die Geldbesitzer Zinsen erhalten. Sie mussten bis zum Ende des Konfliktes mit dem Osten warten – das war die stillschweigende Übereinkunft –, um ihr Kapital zurückzuerhalten. Sie haben Hitler erlaubt, 100 Mia. Mark für diese Mission auszugeben. Dies war keine wirtschaftliche Erholung, sondern ein fiebriger Schweissausbruch vor der letzten Herkulesaufgabe.

Fortsetzung
in der nächsten Ausgabe

Zur Finanzkrise

Das zeitgemässe Gedicht

Wenn die Börsenkurse fallen,
regt sich Kummer fast bei allen,
aber manche blühen auf:
Ihr Rezept heisst Leerverkauf.

Keck verhöhern diese Knaben
Dinge, die sie gar nicht haben,
treten selbst den Absturz los,
den sie brauchen – echt famos!

Leichter noch bei solchen Taten
tun sie sich mit Derivaten:
Wenn Papier den Wert frisieret,
wird die Wirkung potenziert.

Wenn in Folge Banken krachen,
haben Sparer nichts zu lachen,
und die Hypothek aufs Haus
heisst, Bewohner müssen raus.

Trifft's hingegen grosse Banken,
kommt die ganze Welt ins Wanken –
auch die Spekulantenbrut
zittert jetzt um Hab und Gut!

Soll man das System gefährden?
Da muss eingeschritten werden:
Der Gewinn, der bleibt privat,
die Verluste kauft der Staat.

Dazu braucht der Staat Kredite,
und das bringt erneut Profite,
hat man doch in jenem Land
die Regierung in der Hand.

Für die Zehen dieser Frechen
hat der kleine Mann zu blechen
und – das ist das Feine ja –
nicht nur in Amerika!

Und wenn Kurse wieder steigen,
fängt von vorne an der Reigen –
ist halt Umverteilung pur,
stets in eine Richtung nur.

Aber sollten sich die Massen
das mal nimmer bieten lassen,
ist der Ausweg längst bedacht:
Dann wird ein bisschen Krieg
gemacht.

Das Gedicht wird fälschlicherweise Kurt Tucholsky, angeblich 1930 in «Die Weltbühne» veröffentlicht, zugeschrieben.



Kanton Aargau



Islamischer Zentralrat verbieten!

Resolution des SD-Parteitag vom 22. Mai 2010 in Suhr

Verfassungswidrige Ziele!
Der Verein «Islamischer Zentralrat Schweiz» (IZRS) muss verboten werden!

Der radikal-islamische Verein «Islamischer Zentralrat Schweiz» soll nicht nur durch die Bundespolizei überwacht – sondern verboten werden. Der IZRS verstösst gegen unsere Grundrechte und die Bundesverfassung. Das erklärte Ziel dieses Vereins ist eine Parallelgesellschaft zu installieren bis hin zur Einführung der Scharia. Es ist in unserem Rechtsstaat nicht tolerierbar, wenn sich Führungskräfte des IZRS nicht von Steinigungen, Genitalverstümmelungen, Zwangsheiraten usw., distanzieren. Die Ungleichheit zwischen Mann und Frau, welche der IZRS verkündet, verstösst gegen unsere Verfassung und hat in unserer demokratisch strukturierten Werte-

gesellschaft nichts zu suchen. Das Endziel des IZRS ist, unsere Grundwerte und Rechtsordnung zu kippen. Unübersehbar ist auch, dass bei einem Teil der muslimischen Bevölkerung der Wille gar nicht vorhanden ist, unsere Rechtsordnung zu akzeptieren. **Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau fordern vom Bundesrat ein Verbot des Vereins «Islamischer Zentralrat Schweiz» (IZRS). Wir haben eine schweizerische Bundesverfassung, die für alle in unserer Heimat Lebenden Gültigkeit hat. Parallelgesellschaften und deren Führern, welche gar ein «Miteinander» wie im Mittelalter predigen und anstreben, muss Einhalt geboten werden. Der radikal-islamische Verein IZRS muss auch aus sicherheitspolitischen Gründen verboten werden.**

Schweizer Demokraten SD
des Kantons Aargau

Raserei ist ein Verbrechen!

SD Aargau unterstützen die eidg. Volksinitiative «Schutz vor Rasern»

Für die Bürgerinnen und Bürger darf die Freiheit als zentrales Gut vom Staat nicht beschnitten werden. Doch wenn es um die «Freiheit» im Strassenverkehr geht, hört bei den SD Aargau die Geduld auf. Gerade in diesem sicherheitspolitischen Bereich muss der Gesetzgeber einschneidende und für die Raser schmerzliche Schranken setzen. Die Raser sind nach Meinung der SD Aargau von allen guten Geistern verlassen, wenn sie im

Kampf gegen die Raserei von einer Staatsbevormundung sprechen. **Ein zentrales Bestreben der Behörden muss sein, dass sich die Verkehrsteilnehmer auf dem gesamten Strassennetz sicher fühlen können.**

Die Autoraserei auf den Strassen muss rigoros bekämpft werden, denn dies ist verantwortungslos und unverzeihlich; so werden oft Unschuldige verletzt oder gar getötet. Für die SD Aargau ist klar, bei diesen Rasern dürfen die Justizbehörden keine Nachsicht mehr walten lassen. Diese müssen mit aller Härte des Gesetzes bestraft werden. Solche Raser sind von der Strasse zu «entfernen».

Ein lebenslanger Fahrausweisentzug und die Verschrottung der Raserautos wäre die einzig richtige Zusatzstrafe. Die jetzt von «Road-Cross» lancierte Volksinitiative «Schutz vor Rasern» geht in die richtige Richtung, denn sie bringt dringend nötige Verschärfungen im Gesetz und im Vollzug.

SD-Kantonalsektion Aargau
René Kunz, Kantonalpartei-Präs.,
Grossrat, Reinach

Unterschriften-Bogen können unter www.raserinitiative.ch, Initiative «Schutz vor Rasern», Postfach 804, 3000 Bern 8, bestellt werden.

Anzeige

Das Testament

Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gömmer und Sympathisanten

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung? Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:

Schweizer Demokraten
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
schweizer-demokraten@bluewin.ch



Vorankündigung

SD-1.-August-Feier

Dieses Jahr wird die erst kürzlich gegründete JSD-Ostschweiz die traditionelle 1.-August-Feier der Schweizer Demokraten (SD) organisieren und durchführen. Diese findet statt am

Sonntag, 1. August 2010, ab 10.30 Uhr im Restaurant «National» in Näfels (GL)

Weitere Informationen und ein detailliertes Programm entnehmen Sie der Juli-Ausgabe unserer Parteizeitung!

Reservieren Sie sich bitte schon jetzt den Termin!



Kanton Basel-Stadt



Resolution der GV der Schweizer Demokraten Basel-Stadt

Ausländerstimmrecht Nein!

Wie der Grosse Rat versucht zu tricksen!

Da stimmte vor einigen Tagen die Mehrheit der Grossratsmitglieder für ein kantonales Ausländerstimm- und Wahlrecht.

Glücklicherweise bedeutet dieses Ja des Kantonsparlamentes keineswegs eine wirkliche Zustimmung zum Ausländerstimmrecht!

Da kam sich die **Linksmehrheit im Regierungsrat** wohl ganz schlau vor, indem diese der **Initiative fürs aktive und passive Ausländerstimm- und Wahlrecht**, dem Kantonsparlament einen **Gegenvorschlag mit nur dem aktiven Stimm- und Wahlrecht** präsentierte.

Da soll noch ein Stimmbürger (und erst ein Ausländer der des Lesens und Schreibens nicht kundig ist!) drauskommen! **Beabsichtigtes Wirrwarr heisst dies auf gut Deutsch oder laut Regierungsrat sollen Ausländer (die mindestens 10 Jahre in der Schweiz leben und hievon mindestens 5 Jahre in Ba-**

sel (warum denn nicht eine Einbürgerung mit Rechten und Pflichten – fragen wir uns?) in kantonalen Angelegenheiten abstimmen und wählen können, sich aber nicht in den Grossen Rat wählen lassen dürfen!

Dass in erwähnter Parlamentsdebatte die **Mehrheit der Anwesenden Initiative und Gegenvorschlag guthiessen** – bedeutet zudem, dass diese Mehrheit **selbst gar nicht weiss**, welcher Variante sie den Vorzug geben will. Oder glauben die Freunde des Ausländerstimmrechtes, dass die Stimmbürger der «Besseren» dieser beiden Vorlagen zustimmen werden? Der Souverän wird hier letztlich Klartext reden: **2 x Nein heisst die Parole, welche zumindest in diesem Durcheinander und der Zwängerei wieder Ordnung schaffen wird!**

Schweizer Demokraten (SD),
Kantonalpartei BS

PS: Die Resolution wurde mit
25 : 0 Stimmen gutgeheissen.

Parolen (13. Juni) und Resolution der GV der SD-BS vom 25. Mai 2010

Initiative «Gegen den Mobilfunkantennen-Wildwuchs»
Gegenvorschlag des Grossen Rates
Stichfrage:

Parkraumbewirtschaftung (da unausgereift!)

Ja
Ja
für Initiative
Nein



Kanton St. Gallen



Orientierungslose Kirchen!

Am 24. April 2010 fand die 43. Hauptversammlung der Schweizer Demokraten, Kantonalsektion St. Gallen, in Herisau statt. Präsident Roland Uhler begrüßte die Anwesenden und speziell den Gastreferenten Pfarrer Hansjürg Stückelberger aus Binz.

Im Jahresbericht dankt Uhler den SD des Kantons Aargau für die Durchführung der 1.-August-Feier 2009 in Wettingen. Letztes Jahr wurde im Thurgau mit Erfolg eine Sektion Jung-SD Ostschweiz gegründet.

Auch der Kanton St. Gallen gehört zu diesem Gebiet. Die JSD werden die 1.-August-Feier 2010 in Näfels organisieren. Die Minarett-Initiative konnte gewonnen werden; ebenso unser Referendum gegen die Senkung des Umwandlungssatzes bei den Pensionskassengeländern. Weiter erinnerte Uhler an die Kriegsmobilmachung 1939 mit General Guisan an deren Spitze.

Bereits dieses Jahr werden die Nationalratswahlen 2011 vorbereitet. Kassier Sam Nielsen orientierte über die Kassabestände und dankte den Gönnern.

Bei den Wahlen wurde der gesamte Vorstand einstimmig bestätigt.

Jahresprogramm: Stammabende

für unsere Mitglieder und Sympathisanten finden statt im Restaurant Dufour beim Hauptbahnhof um 19.30 Uhr, immer am letzten Donnerstag des Monats.

Im Anschluss an die HV referierte Pfarrer Hansjürg Stückelberger aus Binz von der Organisation «Zukunft Schweiz» zum Thema: Wie retten wir die Schweizerische Identität?

Herr Stückelberger äusserte sich in der Einleitung besorgt über die Entwicklung in der Schweiz, z.B. der Orientierungslosigkeit der Kirchen. Freiheit und Demokratie seien wichtige Werte. Die Schweiz habe eine «Kultur der Bibel», was auch Freiheiten und Verpflichtungen mit sich bringen würde.

Unsere Demokratie bliebe nur erhalten mit einer Bevölkerung, die dies zu schätzen wisse.

Freiheit sei eine christliche Grundhaltung, denn ohne Freiheit gibt es keine prosperierende Wirtschaft und keinen Wohlstand. Brüssel diktiert jedoch Gesetze, welche die Freiheiten beschneiden, was sich zur anti-christlichen Bewegung entwickeln würde. Auch deshalb sei die Einwanderung aus kulturfremden Ländern zu verhindern!

Thomas Fischer, Aktuar, Uzwil



Die diesjährige DV bot in perfekt organisiertem Rahmen nicht nur politische Information, sondern auch heimatliches Wissen und Geselligkeit.

noch mehr Geld in den effektiven politischen Kampf stecken zu können. Für die kommenden Ausmachungen braucht die Partei aber unbedingt mehr finanzielle Mittel! Einstimmig wurde dem Zentralvorstand und der Parteileitung für die Tätigkeit im vergangenen Amtsjahr Décharge erteilt. Es wurde gute Arbeit geleistet! Das Zeitungsabonnement «Schweizer Demokrat» kostet auch nächstes Jahr Fr. 45.– in der Deutschschweiz, Fr. 25.– in der Romandie und Fr. 15.– für Jugendliche unter 20 Jahren.



Vorstoss zum Burka-Verbot sehr viel Zustimmung aus dem In- und Ausland erhalten! Sein Aufruf ging an uns alle: «Schreibt dazu Leserbriefe und manifestiert, dass wir Schweizer Demokraten geschlossen für dieses Burka-Vermummungsverbot eintreten!» (Siehe auch die separat publizierte Resolution zu diesem Thema.) Diese wurde einhellig und mit Applaus unterstützt.



Die Tradition der Weiterbildungstagen im Frühling und Herbst wird auch diesen Herbst weitergeführt. Und bereits ist die Parteileitung daran, das nächstjährige 50-Jahr-Jubiläum der SD/NA vorzubereiten. Dies gibt dann eine grössere Sache, mehr sei hier noch nicht verraten! Und alle freuen sich bereits auf die kommende 1.-August-Feier (bitte Termin reservieren – Einladung erfolgt in der nächsten Parteizeitung).



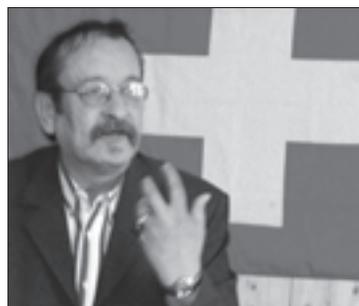
Verwandelte Schweiz – Verschandelte Schweiz!

Diesen Vortrag hielt uns Dr. Marcel Steiner aus Luzern. Er ist Co-Präsident der Stiftung für Orts- und Landschaftspflege. Er zeigte auf, wie unser Land mit völlig überrissenen, grossen und unschönen Bauten kaputt gebaut wird.

Dieser Vortrag kam bei allen Anwesenden sehr gut an. Es zeigt sich, dass Heimatschutz verschiedene Facetten haben kann. Der Widerstand der Bürgerinnen und Bürger gegen überrissene Bauprojekte gehört dazu!

Aberundet wurde die Delegiertenversammlung wie üblich mit musikalischen Einlagen und dem Singen der Nationalhymne. Auch das verbindet unsere grosse und wieder grösser werdende SD-Familie. Wir freuen uns, wenn das nächste Mal noch mehr Leute an unsere DV kommen!

Rudolf Keller



René Kunz und das Burka-Verbot

Mit grossem Applaus wurde unser Aargauer SD-Grossrat René Kunz an der DV begrüßt. Er hat auf seinen im Parlament überwiesenen

Tolle SD-Delegiertenversammlung

Am 8. Mai 2010 fand die diesjährige SD-Delegiertenversammlung statt. **Und hoch erfreulich – es kommen immer mehr junge Leute an die DV.** Die Stimmung war sehr positiv und kämpferisch. SD-Zentralpräsident, Gemeinderat Ueli Brasser, Zürich, musste allerdings in seinem Jahresbericht als negative Punkte die Niederlage in der Volksabstimmung über die erweiterten Bilateralen «Ost»-EU-Verträge und das schlechte Ab-

schneiden bei den Berner Wahlen erwähnen. Demgegenüber standen die beiden Sitzgewinne ins Aargauer Kantonsparlament und das gute Abschneiden bei den Zürcher Gemeindewahlen in positivem Sinne. Der Schreibende darf auch die erfreuliche Feststellung machen, dass unser Zentralpräsident, Ueli Brasser, wieder ins Zürcher Stadtparlament gewählt wurde. Brasser führte souverän durch die Delegiertenversammlung.

Erfreulich ist auch die Tatsache, dass wieder mehr Romands an die DV kommen. Deutlich und sichtbar bemerkte man erstmals seit längerer Zeit wieder eine Art Zusammenhalt, wie er nur in guten Familien vorkommt! Die Stimmung war sehr positiv und abgeschlossen.

SD ohne Schulden!

Der Kassabericht von Zentralsekretär Bernhard Hess wurde einstimmig genehmigt. Man ist von der Parteileitung her gesehen weiter daran, Sparpotenziale in der Parteadministration zu orten, um



Ueli Brasser und Rudolf Keller

Der «SD-Marktplatz» erscheint wieder in der nächsten Ausgabe

Verwandelte Schweiz – Verschandelte Schweiz!

Unsere Heimat ist zum grossen Teil noch ein einmalig schönes Land. Aber nicht immer und überall ist alles erfreulich! Dass unsere alpinen Berggipfel langsam aber sicher «abbröckeln», wissen wir. Wir müssen jedoch nicht auf die Berge steigen um zu sehen, dass es mit der nachhaltigen Bewahrung und Entwicklung, beispielsweise unserer Ortsbilder, nicht zum Besten steht. 1996 wurde deshalb die Stiftung ARCHICULTURA gegründet und diese ist seitdem sehr aktiv. Deren Co-Präsident Dr. Marcel Steiner brachte den Delegierten in einem spannenden Vortrag in Wort und Bild architektonisch Schönes und weniger Schönes in der Schweiz näher.

Die Stiftung ARCHICULTURA vertritt die Meinung des Durchschnittsbürgers. Diese Organisation, welche auch in verschiedenen Kantonen über Regionalvertreter/innen verfügt, tritt ein für:

- intakte Orts- und Landschaftsbilder;
- die Eingliederung aller Bauten und Anlagen in dieselben;
- die Verhinderung von Verunstaltungen und architektonischem Chaos.



Dr. Marcel Steiner, Co-Präsident der Stiftung Archicultura in «Aktion».

Chaos im Baubereich?

Solches ist gekennzeichnet durch eine völlig wirre, bezugslose Bauweise einer grösseren Anzahl von Bauten und Anlagen. Die überlieferte, lokaltypische Bauweise ist hierbei nicht oder kaum mehr erkennbar. Derartige unschöne Beispiele sind in Dörfern und Städten noch und noch auszumachen. Das menschliche Auge gewöhnt sich aber (leider) aus Gleichgültigkeit oder Ignoranz an manches. Verunstaltungen der Ortsbilder sind eigentlich gesetzlich verboten. Nach der bundesgerichtlichen Rechtssprechung liegt eine Verunstaltung vor, wenn ein Gebäude

zur Bauweise der umgebenden Bauten gestalterisch derart gegensätzlich ist, dass dieses erheblich stört.

Dennoch werden **Zonenvorschriften** oft nur allgemein gehalten und dies genügt eben nicht. Ebenso werden **Ästhetikvorschriften** kaum mehr angewendet.

Mit einem «Bonbon» auf den richtigen Weg führen

1998 erhielt das Walliser Dorf Imfeld im Binnental für sein intaktes und harmonisches Dorfbild als erste Gemeinde die ARCHICULTURA-Medaille. Es gibt selbstverständlich ganz anders gegliederte Bauten, wie etwa das zeitgemäss rekonstruierte Grand Hotel «Quellenhof» in Bad Ragaz, die positiv hervorgehoben werden dürfen. Dieses Hotel erhielt im Jahr 2000 die ARCHICULTURA-Auszeichnung.

Vorschriften und Leitlinien vorhanden, aber...

Rechtliche Grundlagen für eine nachhaltige Ortsbildpflege sind vorhanden. So etwa:

- Bundesgesetz über Raumplanung (RPG)
- Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG)
- Kantonale Planungs- und Baugesetze
- Kantonale Natur- und Heimatschutzgesetze
- Kommunale Bau- und Zonenordnungen.

Schon ab dem Jahr 1250 (!) gab es beispielsweise die sogenannte «**Berner Handfeste**». Nach diesen Vorgaben wurde die Berner Altstadt mit den berühmten «Lauben» gebaut. Noch heute darf solche Baukunst als «Meisterwerk» bezeichnet werden, obschon die Stile der einzelnen Gebäude nicht immer übereinstimmen, aber das «**Ensemble**» passt eben zusammen!

Die Sünden der heutigen Behörden

Die «Zonenplanrevisionitis» ist zu einer Todsünde unserer Politik geworden. Es gibt im **Übermass** selbstgerechte Politiker, deren Ziel es ist, Zonenpläne in der Weise abändern zu lassen, um in der **heutigen Zeit angemessen** bauen zu können. Da geht es um die Ausweitung von Bauzonen, um verdichtetes Bauen oder auch um eine höhere Ausnutzung der Parzellen, um Abweichungen von Bauvorschriften u.ä.m.

Kurzum: Die individuelle Freiheit wird gross – das Traditionsbewusstsein und die Vernunft (Ver-



Dr. Marcel Steiner rüttelte die Versammelten mit seinem Info-Vortrag richtiggehend auf. Dafür durfte er nebst dem Applaus der Zuhörerschaft wohlverdient auch ein Dankschön-Präsent aus den Händen des SD-Vizepräsidenten Markus Borner entgegennehmen.

antwortung gegenüber kommenden Generationen) ganz klein geschrieben! Es geht – wie so oft – meist nur ums schnelle Geld!

Architekturwettbewerbe?

Nicht selten werden die Architektur-Arbeiten für «Prestigebauten» – obwohl von der Politik und den Medien prioritär behandelt – hinter undurchsichtigen «Glastüren» vergeben. Bei einem sogenannten Architekturwettbewerb hat der Normalbürger übrigens gar nichts zu sagen. Der **Instanzenweg** (es ist ja ein Wettbewerb durchgeführt worden) ist quasi ausgeschlossen.

Einsprachen und Beschwerden sind dann kaum mehr möglich (dem Schreibenden kommt es vor wie Zustände im heutigen Moskau: Wenn sich die hohe Politprominenz im Auto durch gewisse Hauptstrassen in der Metropole fahren lässt – werden für alle andern Verkehrsteilnehmer die Ampeln auf rot gestellt, damit der Herr Ministerpräsident **überall «grün»** hat und sich mit hoher Geschwindigkeit vom Chauffeur rasch und ungestört zum Zielort bringen lassen kann). Dass bei Architekturwettbewerben meist **«Fachleute»** (die etwas von der Bauerei verstehen!) in den Entscheidungsgremien sitzen, versteht sich von selbst. Dass hierbei gewisse «Star-Architekten» tun und lassen dürfen, was ihnen gefällt, ist leider auch eine Tatsache. Ein gewisser Mario Botta erhielt ausnahmsweise – was diesem wohl weniger Freude bereitete – im Jahr 2007 für den Casino-Neubau in Campione am Luganersee «wohlverdient» die **«Umweltmonster»-Auszeichnung!**

In der anschliessend an das Referat erfolgten Diskussion wurde aus dem Kreis der Zuhörer festgestellt, dass auch beim «Schweizer Heimatschutz» (z.B. Vergabe des Wakkerpreises – jeweils an eine Gemeinde für ihre vorbildlichen Leistungen in der Siedlungsentwicklung) darauf geachtet werden müsste, wer sich dort und in welcher Weise zur «Ortsbildpflege» engagiere? Ein weiterer Votant erwähnte ein Beispiel im Berner Oberland, wo ein Neubau hangeklotzt worden sei und das Verhalten des Denkmalschützers dort mehr als fragwürdig gewesen sei! Herr Steiner verstand es vorzüglich, den Anwesenden diese nicht einfache Thematik in sehr interessanter Art näher zu bringen – von der übrigens im Alltag kaum jemand richtig Notiz nimmt, wir aber alle, ob wir wollen oder nicht – betroffen sind! Ein grosser Dank hierfür gebührt dem Referenten!

Markus Borner

ARCHICULTURA

Stiftung für Orts- und Landschaftsbildpflege,
Postfach, 6002 Luzern,
Tel. 041 410 66 06, E-Mail:
archicultura@bluemail.ch
www.archicultura.ch

Diese Stiftung verfügt nebst Unterlagen, Anleitungen und Merkblättern zur Ortsbildpflege, auch über eine Wanderaustellung. Interessierte können auch Gönner der Stiftung werden und erhalten so regelmässig Informationen. Zudem sucht die Stiftung Kantonal- oder Regionalvertreter/innen. Etwas für Sie?

Quo vadis, America?

Es ist nun dreissig Jahre her, seit im Land der unbegrenzten Möglichkeiten die Grenzen zwischen Wirtschaft und Wirtschaftskriminalität fliessend wurden. Bis in die Siebzigerjahre galten dort zwielichtige Geschäftemacher noch als Untermenschen. Die unsichtbare Linie, welche man als anständige Person einfach nicht überschreitet, war intakt. Besonders im Anschluss an den Vietnam-Krieg besann sich die kriegsmüde Weltmacht wieder auf traditionelle Werte wie Ehrlichkeit und Kontinuität. – Leider nur kurzfristig, Anfang der Achtziger erfuhr das Land einen merkwürdigen Gesinnungswandel. Eine Kultur der Rücksichtslosigkeit und Habsucht wurde dem amerikanischen Volk regelrecht aufgedrängt – als unverzichtbares Rüstzeug auf dem gemeinsamen Weg in ein freimarktwirtschaftliches Schlaraffenland. Unlautere Profiteure wurden feierlich zu Helden der Neuzeit gekürt, und die für Amerika sehr prägenden religiösen Werte rutschten in eine Art Klischeehaftigkeit ab. Monoton-routinemässiges Ablesen der Bibel sowie schematisch-abgestumpfte «Demut auf Knopfdruck» beim Kirchenbesuch verdrängten zunehmend Hingabe, Bekenntnis und Aufrichtigkeit.

Ehrlichkeit währt am Längsten

Der üble Geruch von Scheinheiligkeit lag in der Luft, und der Verdacht, dass diese neue Pseudo-Religiosität eine Art Ersatzhandlung für angemessenes menschliches Verhalten sein dürfte, sollte sich bald bewahrheiten. Das Fehlen von Staatskirchen schafft jenseits des Atlantiks idealen Nährboden für unzählige Sekten. Im Nu war der christliche Glaube der neuen Denkweise angepasst. Ethik, Moral und Pädagogik wurden in ihren Prinzipien derart umfunktioniert, dass von der gesamten Heilslehre wenig mehr als eine leere Hülle übrig blieb. Umso intensiver wurde diese verwilderte Form von Religion gepriesen, hochgehalten und verbreitet. Ein deutlicher Anstieg von Amtsmissbrauch, Korruption und Menschenrechtsverletzungen bahnte sich an. Die organisierte Kriminalität feierte Hochkonjunktur und die US-Justiz wurde masslos überlastet durch raffgierige Nihilisten, welche fortwährend auf dem Schneidepunkt zwischen Unehrlichkeit und Verbrechen hin und her balancierten. Diese explosionsartig anwachsende Schar von Wirtschaftskriminellen erwies sich als äusserst gewieft, juristisch

schwer zu fassen und erfreute sich zunehmender Straffreiheit.

Vom Kapitalismus zum Kanibalismus

Zeitgleich erfuhren US-Konsumentenprodukte aller Art markante Qualitätseinbussen. Amerikas traditionelle Unternehmer, welche Qualität und Nachhaltigkeit akribisch überwachten, wurden zunehmend von neoliberalen Schnell-Geld-Machern abgelöst, und das einstige Gütesiegel «Made in USA» sprach bald nur noch glühende Patrioten an. Ganze Seifenblasenkonzerne wurden aus der Taufe gehoben, mit dem alleinigen Ziel und Zweck, unseriösen «Geschäftsleuten» möglichst schnell und möglichst viel Geld in die Kassen zu spülen. Bekannte Markenunternehmen gerieten durch feindliche Übernahmen in die Hände von Spekulanten, welche ihren angestammten Platz an der Peripherie der Wirtschaft verliessen, um sich in deren Zentrum einzunisten, da es dort mehr zu holen gab. Unzählige renommierte Betriebe wurden auf diese Weise ausgeplündert und verscherbelt. Zurück blieben Arbeitslose, geschädigte Aktionäre und Steuerausfälle. Der US-Kapitalismus verwandelte sich direkt unter der Nase von Politik und Behörden in eine Art Kanibalismus, doch der Staat sah sich wohl deshalb nicht veranlasst, konsequent einzuschreiten, da eine Vielzahl seiner honorigen Funktionäre bei diesem Tun und Treiben ihre eigenen Sparschweinchen fütterten. Nachdem Wirtschaftskriminalität salonfähig geworden war, vergingen immerhin dreissig Jahre, bis das grosse, mächtige Amerika über seine ultra-wirtschaftsliberalen Füsse gestolpert ist.

Der Krug geht zum Brunnen bis...

Fazit: Das alte Sprichwort «Allzuviel ist ungesund» sollte auch für die zwingend notwendige Freiheit der Marktwirtschaft massgeblich sein. Selbst eine Supermacht funktioniert nun einmal nicht nur aufgrund von Regeln und Verboten. Werden Moral und Ethik pervertiert, die eigene Glaubenslehre zur Karikatur degradiert, sowie Anstand und Fairness arrogant verhöhnt, ist der Abstieg einer Gesellschaft vorprogrammiert. Die Ursachen für Amerikas ökonomische Bruchlandung sind tief greifend, diesbezügliche Altlasten gewaltig, und eine rasche Erholung unwahrscheinlich. Vladimir Putins Aussage, dass die USA für die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise verant-



wortlich wäre, dürfte zutreffen. Die lächerlichen Versuche der amerikanischen Wirtschaft und Politik, aufgrund angeblicher Profite vereinzelter Firmen Silberstreifen an den Horizont zu malen, erwecken den Eindruck einer schönen Glasur auf einem schlechten Kuchen. Die charmante Aussenpolitik der neuen Regierung wirkt Angesichts der Situation dieses Landes und seiner jüngeren Vergangenheit etwa so echt wie eine abgegriffene Dollarnote. Und die Anklage gegen Wall-Street-Makler Bernard M. erinnert an eine aztekische «Menschenopfer-Zeremonie». Ein einziger Sündenbock auf dem Altar für unzählige ungestrafte Übeltäter. Amerikas seltsame Justiz lässt grüssen! Dieses Land hat sich nicht verändert, nur sein politischer Umgangston kommt gefälliger daher. Im Hinblick auf das zerbröselnde Bruttosozialprodukt drückt es sogar neue Banknoten. Leider ist Falschmünzerei nur dem gemeinen Volk untersagt. Ohne Wirtschaftsaufschwung dürften solche Konfetti-Dollars in punkto Wertbeständigkeit der Nachkriegs-lira den Rang ablaufen.

Veränderung – nicht Verbesserung

Aber wie geht es wirklich weiter – wenn es weiter abwärts geht? Sicherlich können die USA diesen volkswirtschaftlichen Erdbeben einfach aussitzen. Falls sich aber Hunger und Obdachlosigkeit zu grundlegenden Lebensperspektiven amerikanischer Randgruppen entwickeln, werden Ballungsregionen in absehbarer Zeit von bürgerkriegsähnlichen Zuständen domi-

niert. «Washingtons» diesbezügliches Wunschdenken, dass ein schwarzer Hoffnungsträger im weissen Haus die Ausbreitung von Revolten durch solidarische Trostrevolte verhindern könnte, ist bestenfalls naiv. Erteilt jedoch ein farbiges Staatsoberhaupt der Nationalgarde Schiessbefehl auf randalierende Minoritäten, wird das Prinzip der politischen Korrektheit nicht allzusehr tangiert. – Wohlweislich lautete Barack Obamas Wahlkampfschlagwort «Veränderung» – nicht etwa Verbesserung. Das Reich der selbst proklamierten Hüter des Weltfriedens mag zwar pleite sein, sogar in Fort Knox werden vielleicht nur noch Blattgoldüberzogene Bleibarren bewacht. Doch die Vereinigten Staaten verfügen über ein – zweifellos echtes – gigantisches Kriegswaffenarsenal. Rein hypothetisch gesehen, könnte man damit einen Weltkrieg anzetteln und grossflächig Infrastrukturen anderer Wirtschaftsnationen zerstören. Mittels der eigenen, intakten Industrie würde danach deren Wiederaufbau in Angriff genommen. Auf diese Weise dürfte der ersehnte Konjunkturaufschwung für die angeschlagene Weltmacht herbeigeführt werden. – Bleibt nur die Frage, wie weit die USA heutzutage vom Gedanken entfernt sind, eine solche Option in Betracht zu ziehen. – Denn der sehnliche Wunsch der Weltbevölkerung, dass dieses selbstgefällige Land endlich wieder lernt, die Menschheit mit gebührendem Respekt zu behandeln, dürfte noch lange unerfüllt bleiben.

Harry Burger

Bundesbern verwöhnt Ausländer in der Schweiz und lässt Schweizer im Ausland im Stich

Ein Schweizer gründet in den USA eine Existenz. Plötzlich wird er von Wirtschaftskriminellen und korrupter Polizei bedroht, diffamiert, ausgeplündert und in den Konkurs getrieben. Weder US-Instanzen noch Schweizer Diplomaten gewähren ihm Rechtsschutz. Gesundheitlich angeschlagen und bankrott muss er am Ende das Land verlassen. Diese beedigte, wahre Erzählung pointiert die bizarre Rechtsunsicherheit für Ausländer in Amerika.

Harry Burger, «Im Schatten der US-Mafia» – 164 Seiten, www.bod.de – ISBN 9783833436765



Der aktuelle Vorstoss

Englisch, englisch über alles!

Interpellation René Kunz, Reinach, vom 16. März 2010 betreffend griffige Massnahmen gegen den negativen Einfluss der englischen Sprache auf unsere Landessprachen.



Text und Begründung:

Die Sprachen und Kulturen Europas werden in zunehmendem Masse von angloamerikanischem Sprach- und Kulturgut beeinflusst. Dies hat letztlich einen Identitätsverlust in den betroffenen Kulturkreisen zur Folge. Am weitesten fortgeschritten ist dieser Prozess in den vorwiegend deutschsprachigen Ländern. Die übergrosse Zahl Amerikanismen und Anglizismen führt vor allem bei älteren Menschen und bei Leuten ohne entsprechende Kenntnisse der englischen Sprache zu Verstehens- und Verständigungsproblemen, d.h. zu einem Sprachchaos.

Unsere Landessprachen erleiden aber durch den unverhältnismässig stark zunehmenden Gebrauch von Wörtern und Wendungen aus dem angloamerikanischen Sprachraum zugleich Schaden mit unerfreulichen Konsequenzen für die Identitätswahrung der Einwohner, ja ganzer sozialer Gruppen. Durch das ungehinderte Eindringen von angloamerikanischen Wörtern und Wendungen droht sich insbesondere die deutsche Sprache in einem Masse zu verändern, das weit über das hinausgeht, was sie in ihrer Geschichte durch Übernahmen – beispielsweise aus dem Französischen – erfahren hat. Die eingeschleusten angloamerikanischen Wörter und Wendungen werden dabei meist unangepasst an die Struktur der (deutschen) Sprache angewandt, sodass deren Regelsystem und ihr Tiefencode beschädigt werden. Die Eindämmung dieses Prozesses ist deshalb als unsere vorrangige Aufgabe zu betrachten. Immer mehr verunstalten englische Fremdwörter die deutsche Sprache. Auch im öffentlichen Leben, insbesondere an den Schulen und auch im Schriftverkehr von Behörden und der Verwaltung findet man immer wieder Fremdwörter, die problemlos durch einen deutschen Ausdruck ersetzt werden könnten.

Quislinge überall!

Der Regierungsrat antwortet wie folgt (von der Redaktion gekürzt):

Gegen den Einzug neuer Wörter aus dem Englischen in die deutsche Sprache ist kein Kraut gewachsen. Gerade auch dann nicht, wenn es

ums Lebensgefühl geht. Viele Entlehnungen aus anderen Sprachen können, selbst wenn es dafür deutsche Wörter gibt, nicht einfach übersetzt werden: Eine Feier ist keine Fete und noch weniger eine Party. Und die Deutsch-sprechenden, die ein Mountainbike fahren, wären in ihrer Mehrheit wohl nicht zufrieden, würden sie als Bergvelofahrerinnen und Bergvelofahrer bezeichnet. Zu den Anglizismen gehören aber auch Wörter aus dem Englischen, die im deutschen Sprachraum eine andere Bedeutung erhalten haben als im Englischen: So ist das Handy, unser Mobiltelefon, zum Beispiel eine rein deutsche Wortschöpfung, die von Englischsprechenden nicht verstanden wird (sie verwenden dafür zum Beispiel portable phone).

Frage 1

«Ist der Regierungsrat bereit, innerhalb der kantonalen Verwaltung und an den Schulen darüber zu wachen, dass der Anglizismenflut Einhalt geboten wird?»

Der Regierungsrat richtet sich hinsichtlich der Verwaltungssprache und amtlicher Texte an den Schreibweisungen des Bundes aus (Weisungen der Bundeskanzlei zur Schreibung und zu Formulierungen in den deutschsprachigen amtlichen Texten des Bundes, herausgegeben von der Bundeskanzlei, 1. Auflage, 2008) und hat diese für die Verwaltung als zwingend anwendbar erklärt. Gemäss Randziffer 108 der Weisungen finden sich Empfehlungen für den Umgang mit Anglizismen und eine umfangreiche Wörterliste im Internet (www.bk.admin.ch > Themen > Sprachen > Hilfsmittel für die Textredaktion und Übersetzung > Datenbanken > Anglizismen). Die wichtigsten Regeln sind:

1. Adressatengerecht formulieren: Oberste Kriterien für die Frage, ob ein Anglizismus verwendet werden soll, sind Adressatengerechtigkeit und Verständlichkeit.
2. Modische und unübliche Wörter vermeiden: Begriffe, die modeabhängig oder nicht allgemein geläufig sind, gehören nicht in amtliche Texte; ebenso wenig Anglizismen, die schlecht ins deutsche Sprachsystem passen.
3. Etablierte Anglizismen verwenden: Anglizismen dürfen da, wo sie üblich und etabliert sind, verwendet werden. Daher ist es für den Regierungsrat keine Frage, dass Texte, welche die Verwaltung für die Öffentlichkeit, für einzelne Bürgerinnen und Bürger oder für den Grossen Rat und seine Kommissionen verfasst, in einer all-

gemein verständlichen Sprache abgefasst werden müssen. Zur Verständlichkeit eines Texts trägt die Wortwahl ganz entscheidend bei. Die Behörden haben demzufolge eine Sprache zu verwenden, die klar, sachgerecht und bürgerinnen- und bürgerfreundlich ist.



Frage 2

«Kann sich der Regierungsrat gar zu Gunsten einer (freiwilligen) Quotenregelung an den staatlichen und privaten Radio- und Fernsehsendern im Kanton Aargau – zum Vorteil einheimischer Musikerzeugnisse – engagieren, getreu dem Motto: «Man hört deutsch – schweizerdeutsch – oder eigene Landessprache?»»

Unter privaten wie staatlichen Radio- und Fernsehsendern gibt es Angebote welche auf unterschiedliche Zielgruppen ausgerichtet sind. So gibt es in der grossen Palette von Anbietern Sender, bei denen mehrheitlich in Mundart moderiert und vorwiegend schweizerisches beziehungsweise mitteleuropäisches Liedgut abgespielt wird. Auf der anderen Seite gibt es jene, welche mehr Beiträge in hochdeutscher Sprache bieten und Lieder aus aller Welt – und damit vorwiegend solche in der vorherrschenden englischen Sprache. Da es für alle Vorlieben und Haltungen entsprechende Angebote gibt, sieht der Regierungsrat hier keinen Handlungsbedarf, über eine Quotenregelung zu regulieren und damit ins Prinzip von Angebot und Nachfrage einzugreifen. Die Konsumentinnen und Konsumenten entscheiden mit ihrem Verhalten über Erfolg und Misserfolg der Sender und der angebotenen Formate. Es stellt sich bei einem kantonalen Steuerungsversuch nicht nur die Frage nach Erfolg und Wirksamkeit einer Quotenregelung, es würden damit wohl auch Möglichkeiten des freien Wettbewerbs in einer liberalen Marktwirtschaft beschnitten, ohne die angepeilten Ziele wirklich zu erreichen, da die Konsumentinnen und Konsumenten unmittelbar auf andere Sender ausweichen könnten.

Frage 3

«Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass die Landessprachen als Lehr- und Wissenschaftssprachen erhalten bleiben sollen, da diese sonst ihre Fähigkeit verlieren, sich der Moderne anzupassen, was den Niedergang einer jeden Sprache bedeutet?»

Die Landessprachen müssen nach Meinung des Regierungsrats ihren Stellenwert in der Schule behalten. Das Bewahren von Französisch (beziehungsweise Italienisch) als Teil schweizerischen Kulturguts ist auch Inhalt der Koordinationsbemühungen der schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), welche vorgibt, dass eine der Landessprachen in der Volksschule zwingend zu unterrichten sei. Auch in allen Schultypen der Sekundarstufe II sind Angebote für das Vertiefen der Sprachkenntnisse in mindestens einer Landessprache vorhanden. Es gibt auch immer mehr Mittelschulen, welche interessierten Schülerinnen und Schülern eine zweisprachige Matur mit Französisch anbieten, indem sie gewisse Fächer immersiv, zum Beispiel Physik auf Französisch, anbieten. So wird ein Gegengewicht zu Englisch als sehr beliebter Sprache geschaffen. Zudem muss, das schreiben die Lehrpläne so vor, in den Schulen auch Deutsch gepflegt und unterrichtet werden. Deutsch muss darüber hinaus als obligatorisch einzusetzende Schulsprache in fast allen Unterrichtsfächern verwendet werden und ist zudem am besten dotiert mit Unterrichtslektionen. Alle Schulen sollen den Gebrauch der deutschen Standardsprache pflegen und sie den Kindern und Jugendlichen lehren. Das schliesst jedoch mit ein, dass sie auch ihren privaten oder fachspezifischen Gebrauch thematisiert und berücksichtigt. Es gilt auch hier: Die stilistische Färbung eines Anglizismus kann jedoch gerade auch für seinen Gebrauch sprechen, insofern sie oft ein Grund dafür ist, dass ein Anglizismus nicht ohne Verlust durch seine deutsche Übersetzung ersetzt werden kann. «Lass uns doch einfach noch ein bisschen abschillen!» ist lässige Jugendsprache, die deutsche Übersetzung «Lasst uns doch einfach noch ein bisschen herabhängen!» klingt hingegen angepasst – wohl zu angepasst für eine Person, die den ersten Satz äussert.

Frage 4

«Ist der Regierungsrat bereit, die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher wahrzunehmen, damit Unternehmen, Verkaufsgeschäfte, Grossvertrieber und andere Handelsbetriebe, die ganz oder teilweise mit englischsprachigen

Fortsetzung Seite 15



Coût de l'immigration

Le «Tages-Anzeiger» publiait un long article sur les bienfaits économiques de l'immigration («Migration zahlt sich für alle aus»). L'auteur, Manuela Kessler, y explique comment les travailleurs étrangers contribuent à la prospérité tant dans leurs pays d'origine que dans les pays d'accueil. Ces travailleurs peuvent d'une part faire grimper de plusieurs pour-cent le produit intérieur brut des pays d'accueil; les versements d'argent qu'ils effectuent d'autre part vers leur pays d'origine représentent souvent des sommes plus importantes que le cumul de l'aide au développement et des investissements étrangers. L'article contient indubitablement des informations véridiques, mais il est regrettable que Manuela Kessler omette de mentionner des exemples et des sources qui contredisent ses thèses.

Manuela Kessler fonde ses thèses quant aux effets des migrations de travail sur des études censées démontrer qu'une immigration massive n'induit pas seulement une croissance économique continue, mais contribue aussi directement à augmenter la prospérité. Elle mentionne une série d'exemples: «En Amérique et en Australie, de même qu'en Europe. Aujourd'hui encore: les pays industrialisés qui mènent une politique d'immigration libérale, comme les Etats-Unis et la Grande-Bretagne, la Suède et l'Irlande, se caractérisent en moyenne par une croissance supérieure à celle des pays qui limitent de manière rigide l'accès à leur marché du travail». N'en déplaise à Manuela Kessler, plusieurs de ces exemples sont problématiques.

Etats-Unis et Australie

Je veux bien admettre que l'immigration a contribué au développement et à la prospérité aux Etats-Unis et en Australie. Mais à quel prix? Pour les populations indigènes, l'immigration de masse en provenance d'Europe a été une véritable catastrophe au fil des siècles: tant les Aborigènes que les Indiens sont devenus des minorités dans leurs propres pays suite à des massacres, des campagnes d'expulsion et des maladies contre lesquelles ils n'étaient pas immunisés. Au-

jourd'hui encore, ils vivent généralement en marge de la société et souffrent de maux tels qu'un chômage élevé, l'alcoolisme, etc. Aligner des bilans économiques positifs est futile si l'on ne tient pas compte des dangers que peut receler l'immigration pour l'existence des peuples.

Grande-Bretagne

En avril 2008, la Commission des affaires économique de la Chambre des Lords (Parlement britannique) a publié une étude en deux volumes intitulée «The Economic Impact of Immigration». La Commission conclut que l'immigration de travail des dix dernières années n'a rien apporté à la Grande-Bretagne et que cette situation n'est pas près de changer. Cette conclusion est en complète contradiction avec les affirmations du gouvernement, selon lequel les travailleurs étrangers contribuent annuellement à hauteur de 6 milliards de livres anglaises à la richesse de la nation. La Commission des affaires économiques constate: si l'économie a certes crû dans son ensemble, le produit intérieur brut par habitant n'a cependant pas augmenté. Le bilan de la politique d'immigration britannique se dégrade encore si l'on prend en considération les faits suivants: lorsque la population immigrée augmente de 1,0 pour-cent, les salaires des basses couches sociales britanniques diminuent de 0,5 pour-cent. La possibilité de recourir à une main-d'œuvre étrangère bon marché affaiblit la volonté d'innovation des producteurs; l'augmentation rapide de la population a accru la pression sur l'environnement et a fait monter les loyers de manière disproportionnée. Dans le deuxième volume de l'étude, le professeur David Coleman (Université d'Oxford) évoque en outre des aspects non économiques, tels que la criminalité, la sécurité, les relations entre groupes ethniques, le tourisme sanitaire ainsi que le retour de maladies telles que la tuberculose. Sur la base de ces résultats, la Commission des affaires économiques recommande au gouvernement de repenser de toute urgence sa politique d'immigration.



France

Il est particulièrement intéressant, si ce n'est significatif, que Manuela Kessler n'ait pas mentionné la France dans sa liste d'exemples. Ce pays illustre en effet comment une migration de travail initialement source de prospérité peut devenir source de déficits. En mars 2008, l'association Contribuables Associés a publié une enquête nommée «Le coût réel de l'immigration en France». Le bilan est sans appel: la prise en compte des coûts et des bénéfices met en évidence un déficit public de l'ordre de 36 milliards d'euros par an, à la charge des contribuables. La cause principale est la transformation de la nature des flux migratoires. L'étude explique que l'immigration de travail avait été un bénéfice pour l'Etat pendant les Trente Glorieuses (1946-1975),

«car les cotisations sociales encaissées étaient supérieures aux prestations fournies. Avec le regroupement familial, la recherche par les migrants d'un asile politique ou économique et l'aggravation des déséquilibres Nord-Sud, l'immigration de travail s'est progressivement transformée en immigration de peuplement. Les besoins de la population immigrée et issue de l'immigration en matière de logement, de santé, d'éducation ayant augmenté, les dépenses sont supérieures aux rentrées des cotisations et des impôts». Les immigrés sont devenus un fardeau financier – sans parler des problèmes d'intégration et de criminalité, qui font régulièrement les gros titres des journaux.

Jan Mahnert, Berne, est un auteur indépendant

La fin d'un privilège indécent

Le MCG va mettre fin à l'impunité des automobilistes frontaliers!

Le MCG vient de déposer un projet de loi qui permettra le dépôt en fourrière des véhicules étrangers, notamment les «74» et «01». Les automobilistes frontaliers qui n'ont pas payé trois amendes ne pourront ainsi plus se moquer de la loi!

En 2009, 70% des amendes des frontaliers n'ont pas été payées, ce qui est un vrai scandale au moment où les automobilistes genevois se retrouvent sans recours face au harcèlement des contractuels. Ce laxisme permet égale-

ment la présence de voitures-ventouses qui aujourd'hui ne risquent rien ou pas grand-chose. C'est pourquoi le MCG vient de déposer un projet de loi demandant de l'équité en matière de paiement des amendes. Après trois amendes impayées, les véhicules étrangers seront placés à la fourrière à titre de «sûreté» comme le prévoit le droit fédéral et restitués à leur propriétaire après paiement de la somme.

Suite en page 14

La France prend les Genevois pour des vaches à lait!

Qui va payer pour la sécurité, qui va payer pour les heures supplémentaires de la Police?

La Fédération française a donné hier son feu vert à la venue d'Evian-Thonon-Gaillard FC à la Praille.

L'UEFA, à Nyon, dernier rempart pour sauver Genève, doit encore se prononcer sur cette dérogation.

Le FC Servette crie sa colère et son indignation!

Le MCG soutient le syndicat des policiers genevois qui s'inquiètent d'une surcharge de travail.

C'est avec colère que le Mouvement Citoyens Genevois a appris qu'un club de football savoyard

Evian-Thonon-Gaillard FC voulait s'appropriier le Stade de Genève, qui a coûté très cher aux contribuables genevois. Le conseiller d'Etat a même déclaré à la «Tribune de Genève»: «Le Conseil d'Etat est favorable à la venue d'Evian Thonon Gaillard FC.»

Cet accord du Gouvernement, glissé en catimini, est inacceptable. Le MCG ne peut tolérer cette invasion sportive de Français, qui vont profiter d'un stade qui a été financé en grande partie par les contribuables. Et symboliquement, après la faillite du Servette FC géré par une société française et son redémarrage difficile, il est tout autant indécent



de laisser notre Cité se délester de son Stade.

C'est aussi un aveu d'échec de la part du Gouvernement qui est incapable de gérer une infrastructure sportive de cette ampleur. Ce serait une genevoiserie de plus à mettre sur le tableau de chasse de la no-

menklatura qui dirige notre canton en multipliant les bourdes et les erreurs de gestion.

A l'heure où les statistiques présentent un afflux de travailleurs frontaliers, sur le terrain sportif on découvre cette même politique d'abandon, qui nous inquiète.

Le MCG refuse et ira jusqu'à organiser des actions sur le terrain pour bloquer la venue des supporters si des matchs devaient avoir lieu!

Si le Conseil d'Etat veut la guerre nous sommes prêts!

Eric Stauffer, député et président du MCG

Reportage et révélations du Téléjournal du MCG sur Youtube

FIGARO rime avec FIASCO!

La prison au bord de l'explosion après seulement 10 jours d'opération!

585 détenus à la prison de Champ Dollon 90% d'étrangers en provenance de l'étranger, FIGARO c'est déjà fini!

Les dealers sont toujours à Genève: l'opération Figaro est un fiasco!

Le MCG révèle une situation lamentable: la frontière est ouverte, les dealers sont toujours présents à Genève. Nos images et nos témoignages sont accablants.

C'est un échec de la politique d'Isabelle Rochat. L'opération Figaro n'est que de la poudre aux yeux. <http://www.youtube.com/watch?v=iSqDcSaJMp4>

Le MCG présente la vraie image de Genève dans son dernier Téléjournal, qui peut être vu sur Youtube. Des douanes se retrouvent sans garde-frontière, ouvertes la journée seulement, comme à Moillesullaz.

Genève est offerte aux criminels!

Conséquence de cette politique irresponsable, les dealers continuent à sévir dans notre ville, comme aux Pâquis et au Seujet. Genève est offerte aux criminels qui peuvent s'adonner à leurs trafics.

On se rend compte que l'opération Figaro n'est que de la poudre aux yeux, au moment où Champ-Dollon explose sous le nombre de prisonniers, plus de 580.

Un commerçant des Pâquis témoigne de cette situation qui continue à se dégrader.

Mais rien n'a vraiment changé. Les dealers continuent à occuper nos parcs et l'insécurité n'est pas près d'être éliminée.

Les images du Téléjournal du MCG sont incontestables. Entre la désolation des postes de douanes et les dealers qui prospèrent, on fait vraiment tout pour que la situation se détériore.

A découvrir sur Youtube.

Laxisme français contre le criminel qui a failli écraser un douanier

La France se moque de la criminalité et de la Suisse!

Une fois de plus, le MCG doit constater que la collaboration de l'Espace Schengen, entre la Suisse et la France, est un échec.

Le Procureur français a interdit la fouille du véhicule. Les criminels peuvent dormir en paix!

Samedi dernier à la douane de Thônex, un criminel a failli écraser un douanier suisse, en refusant d'arrêter sa voiture à un barrage routier. Par légitime défense, le garde-frontière a été contraint de faire usage de son arme de service, un coup de feu a été tiré.



La voiture a ensuite été retrouvée sur le parking d'Etrembière et le propriétaire du véhicule a été identifié. Du matériel de vol a été retrouvé à l'intérieur, en présence de la police genevoise et de la douane suisse sur le territoire français. Le MCG apprend de source policière française que le procureur de la Haute Savoie a donné l'interdiction de fouille du véhicule qui est abandonné sur le parking d'Etrembière sous les yeux effarés des suisses. L'enquête s'est retrouvée entravée, ce qui est inacceptable. Et nous avons là la preuve que la France et l'Europe sont les princi-

paux artisans du laxisme et de la criminalité ambiante qui est tolérée par absence de volonté politique.



Le MCG tient à soutenir nos gardes-frontière malmenés par la Berne fédérale, qui ont une tâche essentielle contre la criminalité. Nous dénonçons une collaboration franco-suisse qui aujourd'hui ne fonctionne pas.

La racaille d'Annemasse est-elle au bénéfice d'une protection des autorités française, la question est ouverte!

*Eric Stauffer, président du Mouvement Citoyens Genevois
François Baertschi, secrétaire général*

Le MCG va mettre fin à l'impunité...

Suite de page 13

Aujourd'hui, du fait qu'ils habitent dans un autre pays, les automobilistes frontaliers bénéficient d'une impunité par rapport aux Genevois. Ce qui ne sera plus possible grâce au projet de loi du MCG.

Le canton de Vaud visiblement plus respectueux de l'équité de traitement applique la mise en fourrière automatique des véhicules de contrevenants étrangers. Notre mesure est donc tout à fait conforme et

ne nécessite que la volonté d'agir pour le bien des résidents genevois. En effet, les voitures ventouses «74» et «01» sont devenues un véritable problème dans de nombreux quartiers et communes, qui pour parer à cette situation instaurent des «macarons» obligeant les citoyens genevois à payer pour se parquer devant leur domicile!

L'actuelle politique de mollesse et de complaisance envers l'invasion frontalière doit cesser.

Eric Stauffer, président du Mouvement Citoyens, Genevois



Fête nationale du 1^{er} août avec les Démocrates Suisses à Näfels/GL



Englisch, englisch über alles!*Fortsetzung von Seite 12***Texten werben und Waren in englischer Sprache benennen, angehalten werden, ihrer Informationspflicht in unseren Landessprachen nachzukommen? Wenn nein, warum nicht?>**

Anglizismen gehören oft zu einer bestimmten Subsprache und haben eine entsprechende stilistische Färbung. Viele englische Wörter gehören beispielsweise zur Jugendsprache und zur informellen Umgangssprache; sie wirken salopp und modisch, zum Beispiel «cool». Die Werbebranche nutzt die stilistische Färbung von Anglizismen oft, um Aufmerksamkeit zu erregen und bestimmte Zielgruppen anzusprechen. In formelleren Texten wirken stilistisch gefärbte Anglizismen hingegen unpassend. Die bewusste Verwendung von englischen Ausdrücken in Werbung und Verkauf ist offensichtlich. Ein Teil der verwendeten Begriffe sind Mode-Erscheinungen, damit kurzlebig und in der Bedeutung für die Sprache eher gering. Diese Begriffe können nach kurzer Zeit auch wieder verschwinden. Andere werden von der deutschen Sprache möglicherweise über-

nommen und mit der Zeit gar nicht mehr als ursprünglich fremdsprachige Teile erkannt.

Beim adressatbezogenen Schreiben von Medienschaffenden, Werbern usw. gilt das Prinzip der freien Meinungsäußerung. Der Regierungsrat hat daher nicht die Absicht, in der freien Marktwirtschaft mit irgendwelchen Vorgaben zum Sprachgebrauch einzugreifen. Abgesehen davon ergibt sich auch die berechnete Frage, ob solche Aktionen überhaupt wirksam wären. Die Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern sieht er darin, dass sie die an sie gerichteten Botschaften verstehen wollen. Hierbei spielt der bereits in der Antwort zur Frage 1 zitierte Gebrauch einer allgemein verständlichen Sprache die wichtigste Rolle. Ob Verbraucherinnen und Verbraucher die übermittelten Inhalte auch über englische Begriffe verstehen und akzeptieren, bestimmen sie weitgehend mit ihrem Konsumverhalten.

Der Regierungsrat verspricht sich hingegen von einem bewussten und adressatbezogenen Sprachgebrauch in den Verwaltungen eine Vorbildwirkung gegenüber der Öffentlichkeit.

Schwacher Euro, wie weiter?

Eigentlich hätte der künstlich gestützte Euro abgewertet werden müssen. Diese Massnahme kommt aber offenbar nicht in Frage, denn dadurch würde das Scheitern der Euro-Idee offensichtlich.

Die Lösung dieses Problems ist aber verblüffend einfach: Der Euro wird aufgegeben und durch eine neue EU-Währung mit tieferer Parität zum Euro ersetzt, etwa dem Schizo (Szo) oder dem Senilo (Snl). Sowohl der Schizo als auch der Senilo würde eine stabile Währung, weil die EU bekanntlich gegen Staaten, welche die erlaubten Haushaltsdefizite überschreiten, Bussen in Milliardenhöhe verhängt.

Sollte sich die neue EU-Währung dennoch als Flop erweisen, wird einfach wieder eine neue, bereits abgewertete EU-Währung geschaffen, nämlich der Gaga (Gg). Um eine breit abgestützte Akzeptanz für den Gaga zu schaffen, werden auf den entsprechenden Banknoten

vertrauenswürdige EU-Politiker abgebildet – als Hommage an unser Land auch ein helvetischer EU-Befürworter. Dafür in Frage käme eine lächelnde Bundesrätin Calmy-Rey oder ihr Kollege Leuenberger, natürlich in der Hand eine Gaga-Banknote schwenkend.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Euro bei der Präsentation der Noten.

Leserbriefe**UNO-Rüge zum Minarettverbot**

Nun ist die Schweiz (von einer islamistischen Konferenz durchgesetzt) infolge des Minarettverbots von der UNO gerügt worden. 21 gegen 17 haben der Rüge zugestimmt. 8 haben gekuscht und sich der Stimme enthalten. Ein deutliches Zeichen wie der Islam seine Macht bereits in diese Ebenen ausstreckt. Alles unter dem Deckman-

tel der Religionsfreiheit. Ein Schlag ins Gesicht der weltweit 200 Millionen Christen die diskriminiert oder gar verfolgt werden. Wie denken diese Christen wohl über solche Entscheide? Haben diese eine Lobby? Kümmert sich jemand um sie? Sind sich diese 38 + 8 Stimmenthalter das auch bewusst?

*Hannes Müller, per E-Post***Libyenaffäre: Eine Schande für die Schweiz!**

Wie «unsere» feige Regierung vor einem Despoten mit einer kriminellen, menschenverachtenden Sippe, eines hinterwäldlerischen Wüstenstaates kriecht, ist einfach eines Rechtsstaates unwürdig. Die Angehörigen der Aktiv-Generation würden sich mit Sicherheit im Grabe umdrehen, wenn sie sehen würden wie eine schwache, nur an Mammon denkende Regierung kuschelt und sich nicht gegen die Verurteilung der Schweiz betreffend «Minarettverbot» durch arabische Staaten wehrt. Was unternimmt die «Organisation» UNO gegen die Sharia, Frauenunter-

drückung, Geiselnahme eines Schweizers, die gar einem Kriminellen das Wort an einer GV erteilt?! Mit äusserster Härte hätte man durchgreifen müssen, ohne Rücksicht auf die marode EU. Gewisse Konten und Tankstellen SOFORT sperren und die sogenannten Botschafter eines korrupten Staates ausweisen!

Aber «wir» lassen es zu, dass noch ein Mitbürger unter unmenschlichen Bedingungen aus reiner Willkür wegen eines in Genf zurecht zur Rechenschaft gezogenen Straftäters in ungerechtfertigter Haft sitzt! *Willi Pavan, Rheinfelden*

Von Moralaposteln...

Die Kommission gegen Rassismus (EKR) beklagt, dass Deutsche in der Schweiz zuweilen als Nazis bezeichnet würden. Seltsam, ist es doch eine von ihr lancierte Mode, unbequeme Diskussionen mit der Rassismus- oder Nazikeule niederzuschlagen. Es ist zu einer traurigen Tatsache in diesem Land geworden, dass man zuweilen Angst haben muss, die Dinge beim Namen zu nennen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden. Politische Gruppierungen, wie die Jungsozialisten, haben sich einen regelrechten Sport daraus gemacht, bürgerliche Politiker, welche beispielsweise ein härteres Vorgehen gegen kriminelle Ausländer fordern, als «böse Rechte» an den Pranger zu stellen. Zu demokratischen Auseinandersetzungen ge-

hört doch die Akzeptanz verschiedenster Meinungen. Gewisse linke Ideologen habe damit ihre liebe Mühe – und missbrauchen ihre Ämter zur politischen Agitation. Es gehört auch zur Saat eines Georg Kreis, wenn ein 12-jähriges afrikanisches Mädchen eine Gewalttat ihres Vaters öffentlich als angeblichen Angriff Rechtsextemer verkauft. Oder die medial zu Beginn fraglos aufgegriffene Story um die brasilianische Schein-Schwangere Paula O. Solche Fehlanreize, unser Gastrecht zu missbrauchen, darf es nicht mehr geben. Die Schweiz ist mit Sicherheit kein fremdenfeindliches Land. Und wer erleichterte Einbürgerungen oder Straftaten von Ausländern kritisiert, ist noch lange kein Rassist!

*Anian Liebrand, per E-Post***Globalisierung bedeutet Arbeitsplatzabbau!**

Diners Club Schweiz verspricht in seiner Werbung, dass ein jedes Mitglied jederzeit kompetente Auskunft erhält.

Als ein treuer Leser dieser Zeitschrift jedoch diese Dienstleistung in Anspruch nehmen wollte, wurde dieser eines «Besseren» belehrt. Diners Club Schweiz wird in Madrid (E) u.a. von zwei hochdeutsch sprechenden Damen repräsentiert, die nicht gerade die Wortwahl tra-

fen, die sich unser Leser erhoffte. Aufgeregt hat sich der Gesinnungsfreund nicht nur über die fleghaften Ausdrücke, sondern auch darüber, dass Diners Club Schweiz nicht einmal Arbeitsplätze oder Sozialabgaben von den hohen Gewinnen in schweizerische Institutionen abführt. Globalisierung bedeutet eben doch Arbeitsplatzverlust! *(Name des Verfassers der Redaktion bekannt)*

Aufgepasst – betrifft Abo-Rechnung!

Mitte Mai erhielten alle unsere Abonnenten das Schreiben – «**Spendenauftrag und Begleichung Abo 2010!**». Dieses Schreiben erfolgte, da zahlreiche unserer Abonnenten ihre Abo-Rechnung vom Januar/Februar 2010 noch nicht beglichen haben.

Obwohl wir im Schreiben von Mitte Mai geschrieben haben – «...falls noch nicht bezahlt... zu begleichen», provozierte dieses Schreiben bei einigen Abonnenten die Frage – «**Bin ich den Abo-Betrag noch schuldig?**» Im Zweifelsfall müssten Sie dies in Ihren Unterlagen – «**bezahlte Rechnungen**» nachprüfen.

Wir werden diese Angelegenheit im nächsten Jahr so handhaben, dass wir nur noch die «säumigen Zahler» anschreiben werden, damit niemand mehr in Zweifel gerät! Wir bitten um Nachsicht und grüssen freundlich

*Die Administratoren
im SD-Sekretariat*



Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- ___ Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Resolution der SD-DV vom 8. Mai 2010 in Suhr/AG

Ja zum Burka-Verbot ohne Wenn und Aber!

Fakt ist, dass sich der Aargauer Grosse Rat am 4. Mai 2010 mit 89 : 33 Stimmen deutlich zugunsten einer Ständesinitiative (erster Schritt hierzu) ausgesprochen hat – mit dem Ziel – schweizweit das Tragen der Burka zu verbieten.

Der Initiant dieses Vorstosses, SD-Grossrat René Kunz, Reinach, sagte in seinem Votum im Kantonsparlament u.a.: «**Die Burka hat keine religiöse Bedeutung. Sie ist nur ein äusserliches Zeichen der Herabsetzung, Unterwerfung und Diskriminierung der Frau.**»

Alle Bürgerlichen unterstützten diesen Vorstoss. Sozialdemokraten und Grüne lehnten hingegen dieses Begehren fast einstimmig ab. Und dies ist unverständlich, ja bedenklich! Reden die Linken nicht dauernd von Menschenrechten und der Gleichberechtigung? Wenn heutzutage in der Schweiz (in Muslim-Staaten ist dies anders!) Muslim-Frauen in Ganzkörperschleier gesteckt werden, wobei (vielleicht) gerade noch zwei Augen sichtbar bleiben, hat dies

weder mit der Glaubensfreiheit einer Muslimin, noch etwas mit den in unserer Bundesverfassung verankerten Freiheitsrechten zu tun.

Frage an die Linken: Wer glaubt denn, dass sich eine verschleierte Muslimfrau in unserer schweizerischen Gesellschaft, z.B. auch in der Berufswelt, entwickeln kann? Ist bei uns eine Verkäuferin oder eine Krankenschwester in der Burka oder im Niqab vorstellbar? Haben sich da die Linken (realistisch denkende SP-Mitglieder wie den Grenchner Stadtpräsidenten Boris Banga gibt es glücklicherweise auch noch!) in ihrer Mehrheit in eine ideologische Traumwelt verannt?

Im Vorfeld der Abstimmung zum Minarett-Verbot unterstützte Frau BR Eveline Widmer-Schlumpf das damals in Betracht gezogene Burka-Verbot. Und heute? Nach dem Ja des Souveräns zur Minarett-Initiative wollte u.a. auch BR Widmer-Schlumpf nichts mehr wissen von

einem Burka-Verbot. Ein allgemeines Verhüllungsverbot (gleich auch noch für linke Chaoten!) wäre sicher auch eine zweckmässige Lösung!

Die Schweizer Demokraten fordern vom Bundesrat in dieser Frage klare Aussagen! Hierbei lässt sich aber über die Freiheitsrechte der Frau in der Schweiz nicht diskutieren. Wir haben eine schweizerische Bundesverfassung, die für alle in unserer Heimat Lebenden Gültigkeit hat. Parallelgesellschaften und deren Führern, welche gar ein «Miteinander» wie im Mittelalter predigen und anstreben, ist der Kampf anzusetzen.

Wir leben in einem christlich-abendländischen Land mit schweizerischen Grundwerten. Wer dieses bisher gut funktionierende und bewährte Zusammenleben ablehnt, sollte sich besser woanders niederlassen oder er muss die Härte unseres Gesetzes zu spüren bekommen!

Schweizer Demokraten (SD)

USA-Staatsvertrag:

SVP als Wendehalspartei!

Die Schweizer Demokraten (SD) sind einmal mehr enttäuscht über die Haltung der Mehrheit der SVP-Fraktion, welche dem Staatsvertrag mit den USA zustimmen wollen. Ohne Verzug sollte ein SP / SD-Referendum ins Auge gefasst werden.

Noch vor wenigen Tagen taxierte die SVP richtigerweise die Annahme des USA-UBS-Staatsvertrages als «krassen Verstoß gegen die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und der Rechtssicherheit». Ein solcher Vorgang käme «einem willkürlichen Akt gleich», schrieb die SVP. Offensichtlich kam aber unter dem massiven Druck der UBS-Verantwortlichen am 22. Mai 2010 die unglaubliche 180-Grad-Kehrtwende zustande. Plötzlich wurde der bedingungslose Einsatz für das Bankkundengeheimnis vergessen und in grotesker Weise dem UBS-Staatsvertrag mehrheitlich zugestimmt.

Damit hat sich die SVP zum wiederholten Male in den Dienst der Abzocker gestellt: Nach ihrer 180-Grad-Kehrtwende bei der Abzocker-



Initiative, mit welcher sie eine Volksabstimmung über die Vorlage verhindern wollte, schützen sie die gleiche Klientel erneut: Sie wollen nun plötzlich die UBS-Abzocker mit einem Staatsvertrag ohne jegliche Auflagen aus ihrer Verantwortung entlassen, nachdem dieselbe SVP das Abkommen monatelang verteufelt hat.

Die Schweizer Demokraten werden nicht «kippen» und stellen beim Staatsvertrag weiterhin drei zentrale Bedingungen, welche verbindlich an den Staatsvertrag mit den USA geknüpft werden müssen:

1. Hinsichtlich Eigenmittel, Aufsicht und Organisation für systemrelevante Banken, schärfere gesetzliche Bestimmungen;
 2. Garantie, dass allfällige Verluste aus den toxischen UBS-Papieren bei der Nationalbank dereinst von der UBS getragen werden;
 3. Eine Abgabe auf Boni und Löhne bei systemrelevanten Banken.
- Die SD rufen zudem die SP dazu auf, den Staatsvertrag mit der UBS ohne vorerwähnte Bedingungen klar abzulehnen. Andernfalls sollte – ohne Berührungängste – ein gemeinsames SP/SD-Referendum gegen die Vorlage ins Auge gefasst werden.

*Schweizer Demokraten (SD),
B. Hess, SD-Geschäftsführer*

Aufgepasst!

Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht ins Altpapier. Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben oder an einem belebten Ort (Restaurant, Wartsaal, usw.) mit dem Zeitungsnamen nach oben liegen lassen... für den nächsten interessierten Leser!